

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 130

DEZEMBER 1997/JANUAR 1998

DM 1,-

Rassistische Kampagne der SPD schürt Nazi-Terror

Überall in der „Festung Europa“ ist der Terror gegen Immigranten und andere Minderheiten der Rammbock bei den Angriffen der Kapitalisten auf den Lebensstandard der gesamten Arbeiterklasse. Dieser Rassismus wird absichtlich von der herrschenden Klasse geschürt, die das Klassenbewußtsein der Arbeiter vergiftet, um sie zu spalten und vom gemeinsamen Kampf abzulenken. Angefacht durch diese Kampagnen hat es in den letzten Jahren ein

pagnen, die je von der Linken im Nachkriegsdeutschland durchgeführt wurden“.

Diese reaktionäre Offensive ist eine direkte Folge der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der osteuropäischen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten, die durch den endgültigen Bankrott des Stalinismus herbeigeführt wurde. Gleichzeitig hat dies imperialistische Konflikte über die Neuaufteilung der Weltmärkte und



AP

SPD-Führer Schröder und Lafontaine Hand in Hand beim rassistischen Staatsterror



Kein Bildnachweis

bedrohliches Anwachsen des Faschismus gegeben, besonders in Frankreich und Deutschland. Von Rom bis Paris und London sind „Sozialisten“ und „Kommunisten“ zusammen mit „New“ Labour der Vortrupp für den Drang der Bourgeoisie, die Austeritätspolitik durchzudrücken. In Hamburg führte die SPD – mit Blick auf die Bundestagswahlen 1998 – eine rassistische „Law-and-Order“-Kampagne gegen „Ausländerkriminalität“ durch. Die Londoner Zeitung *Independent* (22. September 1997) nannte dies „eine der fremdenfeindlichsten Wahlkam-

Ausbeutungssphären entfacht und verschärft, die vorher durch die gemeinsame Allianz gegen die UdSSR unterdrückt waren. Mit Deutschland an der Spitze müssen die europäischen Bourgeoisien die Ausbeutungsrate zu Hause scharf anziehen, um international konkurrenzfähig zu sein, besonders gegenüber ihren amerikanischen und japanischen imperialistischen Rivalen.

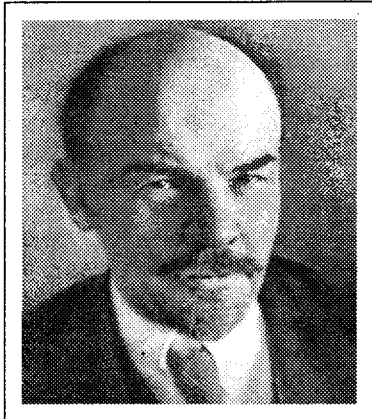
Während des antisowjetischen Kalten Krieges handelte die SPD relativ hohe Löhne und Sozialleistungen für ihre

Fortgesetzt auf Seite 8

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei, die für alle Unterdrückten kämpft!

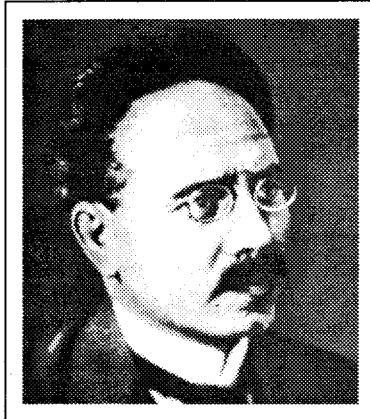
N.Y. SPARTAKIST LEAGUE
P.O. BOX 1004
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212-267-1415

Die „Drei L“ und die Vierte Internationale



Wladimir Iljitsch Lenin

Dieltz Verlag



Karl Liebknecht

Dieltz Verlag



Rosa Luxemburg

Dieltz Verlag

Im Januar ehren wir die revolutionären Marxisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Ihre Ermordung am 15. Januar 1919 wurde von der sozialdemokratischen Regierung angezettelt und organisiert. Und wir ehren W. I. Lenin, der am 21. Januar 1924 starb. Er schmiedete die bolschewistische Partei, die das zentrale Werkzeug für die Machtergreifung der Arbeiter in Rußland im Oktober 1917 war.

Luxemburgs und Lenins Differenzen gingen *nicht* um die Notwendigkeit, den Opportunismus zu bekämpfen, sondern darum, *wie* er bekämpft werden muß. Luxemburgs Ansicht, daß spontane Massenaktionen zur Vertreibung der opportunistischen Kräfte in der SPD führen würden, war zutiefst falsch. Als Ende 1918 die Massenaufstände des deutschen Proletariats begannen, waren die Arbeiter – ohne bolschewistische Partei an ihrer Spitze – unvorbereitet, und die SPD war das Werkzeug der blutigen Konterrevolution.

Hitlers Machtübernahme bestätigte den Bankrott nicht nur der Sozialdemokratie, sondern auch des Stalinismus. Unter Trotzki's Führung war es notwendig, eine neue Weltpartei der Revolution zu schmieden, die Vierte Internationale, um die Arbeit voranzutreiben, die Lenin begonnen hatte. Das erforderte einen politischen Kampf gegen linkszentristische Organisationen wie die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). So wie reformistische und zentristische Gruppen heute verallgemeinert die SAP Luxemburgs *Schwächen* zur Parteifrage durch eine Anbetung der „Spontaneität“, die sie dem Aufbau einer revolutionären Avantgardepartei durch ein scharf definiertes Programm entgegstellte.

Die Spontaneitätstheorie Rosas war eine heilsame Waffe gegen den verknöcherten Apparat des Reformismus. Indem sie sich manchmal gegen die Leninsche Arbeit des Aufbaus eines revolutionären Apparats richtete, offenbarte die Theorie – allerdings nur im Keime – ihre reaktionären Züge. Bei Rosa selbst geschah es nur episodisch. Sie war viel zu realistisch im revolutionären Sinne, um aus den Elementen der Spontaneitätstheorie eine vollendete Metaphysik zu konstruieren. Praktisch untergrub sie selbst – wie gesagt – diese Theorie auf Schritt und Tritt. Nach der Novemberrevolution von 1918 begann sie die leidenschaftliche Arbeit der Zusammenfassung der proletarischen Avantgarde. Trotz der von ihr im Gefängnis niedergeschriebenen, aber nicht veröffentlichten, theoretisch sehr schwachen Schrift über die Sowjetrevolution läßt die nachfolgende Arbeit Rosas mit Sicherheit schließen, daß sie sich der Leninschen, theoretisch genau ausgewogenen Auffassung von bewußter Leitung und Spontaneität mit jedem Tage mehr näherte...

Man kann ohne jegliche Übertreibung sagen: Die gesamte Weltlage ist bestimmt durch die *Krise der proletarischen Führung*. Das Feld der Arbeiterbewegung ist von

heute noch mächtigen Überresten der alten, bankrotten Organisationen versperrt. Nach den unzähligen Opfern und Enttäuschungen hat sich das Gros zumindest des europäischen Proletariats auf sich selbst zurückgezogen. Die entscheidende Lehre, die es bewußt oder halbbewußt aus den bitteren Erfahrungen gezogen hat, lautet: Große Aktionen erfordern eine fähige Führung. Für die laufenden Angelegenheiten geben die Arbeiter immer noch ihre Stimmen den alten Organisationen. Ihre Stimmen, aber keinesfalls ihr unbegrenztes Vertrauen. Andererseits sind sie nach dem elenden Zusammenbruch der III. Internationale viel schwerer zu bewegen, einer neuen revolutionären Organisation ihr Vertrauen zu schenken. Darin besteht eben die Krise der proletarischen Führung. In dieser Lage ein monotones Lied auf unbestimmte, künftige Massenaktionen im Gegensatz zur zielbewußten Auslese der Kader einer neuen Internationale zu singen, heißt eine durch und durch reaktionäre Arbeit leisten. Darin besteht eben die Rolle der SAP im „geschichtlichen Prozeß“...

Läßt man historisch Überholtes beiseite, so können wir unsere Arbeit für die IV. Internationale mit vollem Recht unter das Zeichen der „Drei L“ stellen, nicht nur unter das von Lenin, sondern auch unter das von Luxemburg und Liebknecht.

Leo Trotzki, „Rosa Luxemburg und die IV. Internationale“, 1935

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Verantwortlicher Redakteur: Max Schütz; herausgebende
Redakteurin: Doris Kohn; verantwortlich für Produktion:
Renate Dahlhaus; verantwortlich für Vertrieb: Wolfgang Stern

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (6 Ausgaben) DM 10,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Dieser Ausgabe des Spartakist wird im Postvertrieb als
Supplement Spartacist, deutsche Ausgabe Nr. 19, beigelegt.

Die soziale Macht der Arbeiterklasse ist Schlüssel! Stoppt Bildungskahlschlag, rassistische Angriffe von CDU/SPD/Grünen!

Seit fünf Wochen streiken die Studenten gegen das neue Hochschulrahmengesetz und die Einführung von Studiengebühren. Über 70 Unis sind im Streik. Fast täglich demonstrieren Zehntausende Studenten. Doch was ist das Ergebnis? Mit heuchlerischem Applaus aus dem Bundestag wollen CDU, SPD und Grüne die Studenten einlullen.

Wir von der Spartakist-Jugend beteiligen uns an diesen Protesten und sind bei den Streikpostenketten, um mitzuhelfen, den Studentenboykott zu verteidigen. Zugleich argumentieren wir gegen jegliche Appelle an die Uni-Verwaltung und die SPD/PDS, die Illusionen in einen „besseren“ Kapitalismus schüren, und betonen in unserem Flugblatt zum Streik vom 2. Dezember: „Studenten haben keine soziale Macht. Deshalb kämpfen wir dafür, daß sie sich mit der Arbeiterklasse verbünden, auf deren Schultern das ganze kapitalistische System ruht, die es damit aber auch zum Erliegen bringen kann. Wenn ÖTV und GEW ihre Basis in den Universitäten und Krankenhäusern für einen Streik mobilisieren würden,



Studentenproteste fingen in Hessen gegen „rot“-grünen Bildungsklau an

Spartakist-Jugend

könnte der gesamte Unibetrieb lahmgelegt werden. Für Streikpostenketten, die niemand überquert!

Obwohl die Bourgeoisie und unsere Professoren den ‚Tod des Kommunismus‘ heraufstumpfen, ist der Klassenkampf nicht tot. In ganz Westeuropa hat die Arbeiterklasse zurückgeschlagen und einige der seit Jahren größten und härtesten Kämpfe geführt, wie z. B. jüngst der Fernfahrerstreik in Frankreich. Sie ist die einzige soziale Kraft, die die Macht hat, dieses System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung zu stürzen.“

In Duisburg haben Stahlarbeiter in Solidarität mit den Studenten demonstriert. An der Berliner Charité hängen reihenweise Transparente und Plakate gegen die Kürzungen im Gesundheitswesen aus. Aber um diese spontanen Proteste zusammenzufassen und ihnen eine revolutionäre Richtung zu geben, ist der politische Kampf gegen die Ausverkaufspolitik der Sozialdemokratie notwendig. Wir von der Spartakist-Jugend wollen Studenten und Jugendliche nicht nur auf die Seite der Arbeiterklasse gewinnen, sondern zum Verständnis, daß wir eine revolutionäre Partei brauchen, die auf dem Programm von Lenin und Trotzki basiert.

Die Angriffe auf die Bildung sind Teil der Austeritätsmaßnahmen der herrschenden Klasse gegen den Lebensstandard der Arbeiterklasse. Jetzt lassen sie die demokratische Fassade des „Sozialstaates“ fallen, zu der auch die kostenlose Bildung gehörte. Seit der Konterrevolution in DDR und Sowjetunion sind die ungebremsen kapitalistischen Klasseninteressen klar zu sehen: Die Ausbeutungsrate

der Arbeiterklasse soll drastisch verschärft werden, und gleichzeitig wird die Hochschulbildung zum Privileg der Reichen gemacht. Wie wir im Flugblatt schrieben: „Die Universitäten sind Kaderschmieden für die Bourgeoisie, und die kapitalistische Uni-Administration hat die Aufgabe, diese Kader hervorzubringen.“ Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abschafft und damit kostenlose, hochwertige Bildung für alle ermöglicht!

Mit dem nationalistischen Standortargument versuchen Kapitalisten und SPD, die Studenten für die Weltmachtambitionen des deutschen Imperialismus zu gewinnen. Politiker aller Parteien – Kohl, Lafontaine, Fischer, Gysi – übertrumpfen sich gegenseitig in heuchlerischen „Solidaritäts“bekundungen mit den Studentestreiks. Ebenso wie CDU-Rüttgers hält Armin Clauss, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Studiengebühren für „sozial wünschenswert“. Und der bildungspolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen fügte hinzu: „Im offenen Wettbewerb können nicht alle auf dem Treppchen stehen. Es wird Gewinner und Verlierer geben.“ Von den Demos bis zum Banner im Hof der Humboldt-Uni widerspiegelt sich dieser Nationalismus in Forderungen für den „Bildungsstandort Deutschland“, oder sogar: „Bildung ist unser einziger Bodenschatz“. Bei der Bonner Demo spitzte sich dieser Nationalismus so zu, daß der „Internationalistische Block“ von Antikommunisten und Rassisten rausgeworfen wurde! Wir sind revolutionäre Internationalisten. Die Spartakist-Jugend, zusammen mit der SpAD, kämpft militant gegen solche Ausschlüsse und jeden anderen Ausdruck des großdeutschen Nationalismus. Für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Der Rammbock für den von CDU, SPD und Grünen betriebenen Sozialraub ist der rassistische Staatsterror. Es war die Hamburger SPD, die im März dieses Jahres ein

Fortgesetzt auf Seite 4

Uni-Streik...

Fortsetzung von Seite 3

rassistisches Arbeitsverbot gegen ausländische Studenten erließ. Die SPD versperrt ausländischen Studenten die Türen zur Bildung. Sie ist die Vorreiterin der Diskriminierung ausländischer Studenten, denn der Hamburger Erlaß soll ab 1998 per Gesetz bundesweit in Kraft treten.

Gegen diesen Angriff stellten wir auf den Vollversammlungen der Humboldt-Studenten am 4. und 8. Dezember den Antrag:

„Die VV der HUB ruft zu einer Protestkundgebung unter der Losung: ‚Stoppt das rassistische Arbeitsverbot gegen ausländische Studenten‘ vor dem Roten Rathaus am Mittwoch, dem 10. Dezember 1997, um 16.00 Uhr auf. GEW und ÖTV werden aufgefordert, für diesen Protest mit zu mobilisieren.“

Bereits im Juli haben wir gemeinsam mit der Interessenvertretung ausländischer Studierender der Humboldt-Universität (IVAS) unter der Losung „Schluß mit der rassistischen Diskriminierung durch Arbeitsamt und Studentenwerk!“ vor dem Arbeitsamt der FU einen Protest durchgeführt (siehe *Spartakist*, September/Oktober 1997).

Doch trotz des Beifalls für unseren Antrag wurde er von der Humboldt-„Streikleitung“ abgewürgt. Der Kampf gegen Rassismus ist nicht ihr Ding! Die Rolle dieser „Streikleitung“ hatte sich schon vor der ersten VV gezeigt, als sie jammerte, unser Antrag würde die „Einheit“ bei der Streikabstimmung sprengen. Es war schon schlimm genug, daß bei Vollversammlungen der Uni-Präsident Meyer – Radunskis Adjutant an der Humboldt-Uni – auf die Tribüne geholt wurde, wo er den Bildungsklau verteidigte. Vor den Augen von fast dreitausend Studenten beteuerten diese Studentenbürokraten ihre Unterstützung für Meyer! Wir warnten schon in unserem Flugblatt: „Das Vertrauen, das die ‚Streikleitung‘ in die Uni-Administration schürt, ist die Vorbereitung zum Ausverkauf. Wir fordern dagegen: *Raus mit der kapitalistischen Uni-Administration! Unis unter die Kontrolle der Arbeiter, Studenten und Dozenten!*“

RSB, Linksruck/ISO schüren Illusionen in SPD/PDS

Als dann die „Streikleitung“ nach ständiger Vertagung unseres Antrags am 8. Dezember mit einem bürokratischen Manöver darüber abstimmen ließ, ob überhaupt über den Antrag abgestimmt wird (!), enthielt sich der Vertreter des pseudotrotzkistischen Revolutionär Sozialistischen Bundes (RSB), der bei der „Streikleitung“ mitmacht, der Stimme. Der rechtszentristische RSB, genau wie die Cliff-Anhänger von Linksruck und der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO), erwähnen in ihren Streik-Flugblättern und Artikeln den Rassismus höchstens unter „ferner liefen“.

Das geht auch nicht anders, wenn man mit Losungen wie „Millionärsteuer“ und „Umverteilung von oben nach unten“ reformistische Illusionen in den Kapitalismus schürt. Doch die einzige Funktion des kapitalistischen Staates ist es, die Ausbeuterklasse zu verteidigen. Die RSB-Losung nach

„Abschaffung des Rüstungshaushaltes“ will den Studenten weismachen, daß das Vierte Reich des deutschen Imperialismus anders als im Profitinteresse handeln könnte. Wir Trotzisten sagen dagegen, daß der Staat der Kapitalisten nur durch die proletarische Revolution entwapfnet werden kann. In der Tradition Karl Liebknechts sagen wir: Keinen Mann, keine Frau, keinen Pfennig für die imperialistische Armee! Bundeswehr/UNO: Raus aus dem Balkan!

Die dubiose Partei für soziale Gleichheit (PSG, ehemals Bund Sozialistischer Arbeiter) hat früher mit den Imperialisten gegen die Sowjetunion gehetzt und hetzt heute mit den Kapitalisten gegen die Gewerkschaften. Vor einem Jahr griff sie die „Besessenheit des *Spartakist* mit der Frage des Rassismus“ an (siehe *Spartakist*, November/Dezember 1996). So paßte es nur dazu, daß sie an der Humboldt-Uni mit unserer antirassistischen Aktion nichts zu tun haben wollte.

Konkret drückt sich der Reformismus der „Linken“ in ihrer Wahlunterstützung für die rassistische SPD oder deren Steigbügelhalter PDS aus. So rufen die pseudotrotzkistische Linksruck-Tendenz (in den Jusos!) und die Gruppe Arbeitermacht (GAM) ständig zur Wahl der SPD auf. Das GAM-Extra zu den Unistreiks jammert, daß „SPD und PDS alles andere als eine entschlossene politische Perspektive weisen“. Entschlossen sind SPD und PDS schon – nämlich arbeiterfeindlich. Die Spartakist-Jugend benannte klar die Rolle der SPD und ihrer linken Anhängsel:

„In Hessen, wo die Studentenstreiks begannen, ist es eine rot-grüne Regierung, die die Angriffe auf die Bildung durchführt. Dies gibt einen Vorgeschmack, was eine rot-grüne Bundesregierung bedeuten wird, zu der die PDS schon jetzt erklärt hat, daß sie sie wie die rot-grünen, rassistischen Abschieber in Sachsen Anhalt tolerieren möchte.“

All das hält verschiedene ‚linke‘ Kohl-muß-weg-Gruppen, die in den Streiks aktiv sind, nicht davon ab, Illusionen zu schüren, daß es innerhalb des Kapitalismus hochwertige Bildung für alle geben könnte, und daß eine SPD-Regierung dazu gebracht werden könnte, dies durchzusetzen. So geben sie der SPD linke Flankendeckung in ihrem Bemühen, die Verteidigungskämpfe der Studenten zu verraten und zu versuchen, sie soweit wie möglich in die Sackgasse des Parlamentarismus abzulenken.“

Die linksreformistische ISO versucht zwar, sich von der SPD abzusetzen, indem sie Lafontaine als „Sparschwein“ anklagt, das gestoppt werden muß. Aber was bieten sie statt dessen an? In ihrer Zeitung *Linke Offensive* (Dezember 1997) schreiben sie: „In Frankreich haben die Studentenproteste vom Oktober/November 95 die Entfaltung der sozialen Protestbewegung im Dezember gefördert, die letztlich zum Sturz der konservativen Juppé-Regierung geführt hat. Dieses Beispiel sollte auch hier Schule machen!“ Doch die Jospin-Regierung hat gerade eben die rassistischen „Ausländergesetze“ ihrer Vorgänger-Regierung zementiert! Der „kommunistische“ Arbeitsminister dieser Volksfront-Regierung spielte beim Ausverkauf des kürzlichen Fernfahrerstreiks eine Schlüsselrolle. Dieses „Beispiel“ soll laut ISO „auch hier Schule machen“!

Wissen ist eine grundlegende Waffe im Kampf gegen die soziale Ungleichheit. Deshalb war Bildung ein Hauptanliegen der Bolschewiki, um die Trennung von Hand- und Kopfarbeit zu überwinden. Nach der Arbeiterrevolution 1917 schafften sie Kinderarbeit ab, führten den Pflichtunterricht für alle Kinder ein und machten es zur Pflicht für jeden unter 50 Jahren, lesen und schreiben zu lernen. Heute ist der Kampf für eine kostenlose, hochwertige Bildung für alle untrennbar damit verbunden, das System der kapitalistischen Ausbeutung und rassistischen Unterdrückung zu stürzen. Schließt euch unserem Kampf an!■

Veranstaltung der Spartakist-Jugend

Türkei, Kurdistan, Iran und die permanente Revolution

Berlin: Donnerstag, 18. Dezember 1997, 18.00 Uhr
Humboldt-Universität
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 307

SWP/Linksruck: „Jubel“ für Jelzin und Blair

Was für „Sozialisten“ unterstützen Konterrevolution?

Zum 80. Jahrestag der Russischen Revolution führte Linksruck eine Veranstaltungsreihe durch, genau wie ihre Mutterpartei Socialist Workers Party (SWP) in Britannien. Auf der Linksruck-Veranstaltung am 30. Oktober in Berlin intervenierten Mitglieder der Spartakist-Jugend: „Wir bauen eine Partei auf, die ein Sprachrohr für alle Unterdrückten ist, und wir sagen, daß eine Stimme für die SPD eine Stimme für rassistischen Terror, Abschiebungen und Sozialabbau ist. Linksruck treibt mit seinen linken Phrasen linke Jugendliche in die Arme der Jusos und der verräterischen SPD, der Partei der Mörder von Liebknecht und Luxemburg!“

Bei der Veranstaltung gab der Linksruck-Referent den antikommunistischen Unfug von Tony Cliff wider, daß die DDR und die Sowjetunion „staatskapitalistisch“ gewesen wären. Dagegen betonte unser Genosse, daß es die Pflicht von Trotzlisten war, „in der Sowjetunion und in den deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas die proletarischen Eigentumsformen zu verteidigen“. Ein Linksruck-Anhänger entgegnete uns: Wenn die DDR ein Arbeiterstaat war, warum ist dann kein Arbeiter aufgestanden, um sie gegen die Konterrevolution zu verteidigen? Marxisten verstehen freilich, daß die Ursache für die Schwäche der Arbeiterbewegung in der Krise der revolutionären Führung liegt. In der DDR gab es trotz der jahrzehntelangen stalinistischen Unterminierung des Klassenbewußtseins das Potential, einen Arbeiteraufstand zu organisieren. Unser Genosse erklärte: „So kämpften wir 1989/90 in der DDR für eine politische Revolution, die die verräterische stalinistische Bürokratie hinwegfegt, für Arbei-

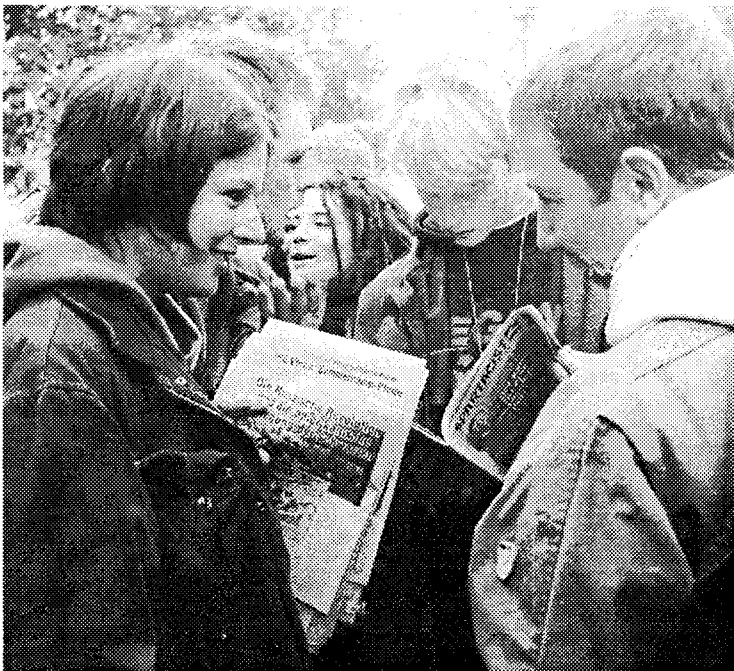
ter- und Soldatenräte, die die kapitalistische Wiedervereinigung verhindern und diese Revolution in den Westen tragen würden.“ Wir sind stolz darauf, daß wir um die revolutionäre Führung der Arbeiter gekämpft haben. Organisationen wie Linksruck, die diese revolutionären Möglichkeiten leugnen und damit der Bourgeoisie und der SPD nach dem Munde reden, verdecken nur ihren eigenen Verrat.

Das eindrucksvollste Beispiel für das Potential, die Arbeiter im eigenen Klasseninteresse zu organisieren, war die von uns initiierte Massenkundgebung gegen die Nazi-Schändung des Treptower Ehrenmals in Ostberlin am 3. Januar 1990. In unserem Aufruf warnten wir, daß die SPD das „Trojanische Pferd der Konterrevolution“ war. Die Kapitalisten und ihre SPD-Helfershelfer sahen in dieser Mobilisierung zu Recht das Gespenst einer proletarischen politischen Revolution, für die wir vor den 250 000 Demonstranten von der Rednerbühne aus eintraten. Die Verantwortung für diese schwere Niederlage der Arbeiterklasse liegt bei den verräterischen Führungen: bei SPD und SED/PDS, die die DDR ausverkauft hat. Und genau diesen Verrätern haben die Linksruck-Vorläufer die Stange gehalten: Bei der Volkskammerwahl im März 1990, die über das Schicksal der DDR entschied, riefen sie zur Wahl der SPD auf – wie immer!

Der Spartakist-Genosse faßte zusammen: „Sieben Jahre nach der Konterrevolution, wo der Unmut mit Kohl immer größer wird, findet man nun Linksruck in der Jugend der SPD, die sich der deutschen Bourgeoisie als Alternative zu

Fortgesetzt auf Seite 6

Spartakist grüßt die neuen Leser!



Ergebnis der Spartakist-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	125	132	105,6
Hamburg	80	81	101,3
Auf Entfernung	30	32	106,7
Gesamt	235	245	104,3

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (6 Ausgaben): DM 10,-
 - Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
- Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 130

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 1 1988-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

SWP/Linksruck...

Fortsetzung von Seite 5

Kohl anbietet, als jemand, dem es leichter fallen wird, den Arbeitern ihre Errungenschaften zu rauben, den Rassismus in die Arbeiterklasse zu tragen – und damit den Faschisten Nährboden zu geben.“

Nachfolgend drucken wir eine Übersetzung des Flugblatts unserer britischen Genossen der Spartacist League vom 6. November 1997 ab, das diese bei einer Veranstaltung der Schwesterorganisation von Linksruck in London verteilt hat.

Das Schauspiel einer „Gedenkveranstaltung“ zum 80. Jahrestag der Oktoberrevolution von 1917 ausgerechnet durch Tony Cliffs Socialist Workers Party (SWP), die sich in den Mantel des Bolschewismus hüllen will, ist eine groteske Farsce. Als die Sowjetunion noch existierte, leistete Cliffs SWP Beihilfe zu dem heißgelaufenen Kalten Krieg der imperialistischen Herrscher, der das Ziel hatte, die verbliebenen Errungenschaften der Machtübernahme des Proletariats von 1917 zu zerstören. In einem seltenen Anfall von Ehrlichkeit wettete Tony Cliff: „Und ich sage nein, nein, wir haben nichts mit dem verdammten Rußland zu tun, denn es ist kein Quell der Stärke“ (*Leveller*, September 1979). Der endgültige Einbruch der Russischen Revolution, der sich 1991 durch Boris Jelzins von den Imperialisten unterstützten „Gegenputsch“ ankündigte, rief bei der SWP hämische Zustimmung hervor. Riesenüberschriften proklamierten „Die Russische Revolution von 1991“, und Artikel frohlockten, „der Kommunismus ist zusammengebrochen... Diese Tatsache sollte für jeden Sozialisten Grund zum Jubel sein“ (*Socialist Worker*, 31. August 1991).

Heute prahlt Cliff, die Konterrevolution in der früheren Sowjetunion hätte die Richtigkeit seiner Theorie des „Staatskapitalismus“ bewiesen, und er fügt hinzu: „In gewisser Hinsicht ist man darüber ganz froh“ (*International Socialist Review*, Sommer 1997). Wenn aber die Sowjetunion bereits kapitalistisch war, wie erklärt man dann das Wüten der Massenarbeitslosigkeit, der Hungersnot und den blutigen nationalistischen Brudermord, die Jelzins Gegenputsch mit sich brachten? Und was soll das für ein selbsternannter Revolutionär sein, der über dieses Ergebnis „froh“ sein könnte? Die Zerstörung der Sowjetunion steht als Grabinschrift über der schmutzigen Geschichte des Stalinismus und über der falschen „Theorie“ des Staatskapitalismus, hinter der Renegaten des Trotzismus wie Tony Cliff zu verborgen versuchten, daß sie im Feuer des Klassenkampfes von der Seite des internationalen Proletariats auf die Seite ihrer eigenen Bourgeoisie desertiert sind.

Die Russische Revolution von 1917 ist der Prüfstein für Revolutionäre. Zum ersten Mal übernahm die Arbeiterklasse die Macht unter der Führung einer proletarischen revolutionären Partei. Sie war ein Leuchtfeuer für die arbeitenden Massen auf der ganzen Welt, die im Sieg der russischen Arbeiterklasse die Möglichkeit sahen, über ihre eigenen kapitalistischen Unterdrücker zu triumphieren. Die bolschewistische Partei unter der Führung von Lenin und Trotzki verstand, daß die Erhaltung des gerade entstandenen russischen Arbeiterstaats davon abhing, ihre Revolution international auszuweiten, besonders auf die fortgeschritteneren kapitalistischen Länder. Die extreme Rückständigkeit und Armut des Landes in Verbindung mit dem Scheitern der Revolution im Westen und dem unerbittlichen Ansturm der imperialistischen Weltmächte führte 1923/24 zur Konsolidierung einer bürokratischen Kaste unter J.W. Stalin. Die stalinistische Bürokratie verwarf den proletarischen Internationalismus der Bolschewiki und trat unter dem antimarxistischen nationalistischen Dogma vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ den Rückzug an.

Leo Trotzki gründete die Linke Opposition, um für die Rückkehr zum leninistischen Programm des authentischen Bolschewismus zu kämpfen, zum revolutionären internationalistischen Kampf für die Herrschaft des Proletariats. Stalins reaktionärer „Sozialismus in einem Land“ richtete sich gegen das Wesen des Marxismus selbst (das *Kommunistische Manifest* schließt mit den Worten: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“). Der Kampf von Trotzki's Linker Opposition war daher von grundlegender Bedeutung, um die Errungenschaften der Russischen Revolution zu bewahren und auszuweiten. Wie Trotzki in seiner scharfen Analyse *Verratene Revolution* (1936) schrieb, waren die Errungenschaften der Russischen Revolution verraten, aber noch nicht vernichtet worden. Ausgehend von ihrer Analyse der Sowjetunion als einem degenerierten Arbeiterstaat kämpften die Trotzisten für die *proletarische politische Revolution* gegen die stalinistische Bürokratie und für die *bedingungslose militärische Verteidigung* der Sowjetunion gegen imperialistischen Angriff und interne Konterrevolution.

Als das militärische Kalte-Kriegs-Bündnis der Imperialisten gegen die Sowjetunion zu einem völkermörderischen heißen Krieg wurde, diente die Schwindel„theorie“ des Staatskapitalismus Tony Cliff als Passierschein aus dem Lager des revolutionären Marxismus zur unterwürfigen Kapitulation vor der antikommunistischen Führung der Labour Party. 1950 wurde Tony Cliff aus der Vierten Internationale ausgeschlossen, weil er sich öffentlich gegen die Verteidigung Nordkoreas gegen den amerikanischen und britischen Imperialismus stellte. Tony Cliffs Organisation saß damals eingeschelt in der regierenden Labour Party, die sich hinter den USA einreichte und Truppen schickte, um die Koreaner und später auch die Chinesen zu massakrieren. *Drei Millionen* Koreaner wurden in diesem Krieg abgeschlachtet.

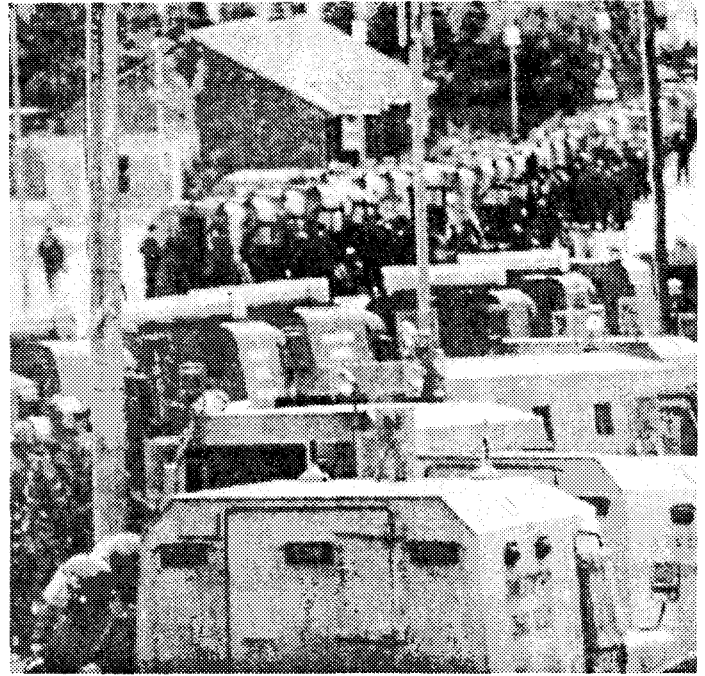
Cliff rasselte durch bei der elementaren marxistischen Feuerprobe: Opposition gegen seine eigene Bourgeoisie und Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten. Cliff war ein verbriefteter Renegat des Marxismus, dabei aber weder der erste noch der hellste Kopf. In Wirklichkeit war es der deutsche Sozialdemokrat Karl Kautsky, der der erste „Staatskapitalist“ war, und seine Polemik von 1918, *Terrorismus und Kommunismus*, war ein nachhaltiger Angriff auf die bolschewistische Revolution von 1917. Wie schon der Sozialdemokrat Kautsky, so drückte auch der Labour-„Linke“ Tony Cliff mit seiner „Theorie“ aus, daß er sich die „demokratischen“ Werte der imperialistischen Bourgeoisie, gemünzt gegen den „kommunistischen Totalitarismus“ völlig zu eigen gemacht hatte. SWP-Mitglieder könnten die Kluft zwischen Cliffs behaupteter marxistischer Orthodoxie und seinem Klassenverrat an den Interessen des Proletariats besser verstehen, wenn sie Lenins wunderbar schonungslose Polemik von 1918 lesen, *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky*. SWPler, die sich für authentischen Trotzismus interessieren, täten gut daran, Trotzki's *Verratene Revolution* zu studieren und Trotzki's Kampf gegen Überläufer wie Cliff in seiner Schrift *Verteidigung des Marxismus*.

An jedem Siedepunkt des zweiten Kalten Kriegs blieb die Unterstützung für die Konterrevolution das Markenzeichen von Cliffs SWP. Sie feierten die polnische Solidarność – eine gelbe „Gewerkschaft“ der Bosse, die in Polen mit direkter Hilfe von Reagan, Thatcher, dem Vatikan und den deutschen Bankiers die kapitalistische Konterrevolution anführte. Im Gegensatz dazu riefen die Spartakisten dazu auf: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarność“, und kämpften für die revolutionäre Einheit der polnischen, deutschen und russischen Arbeiter durch die politische Revolution gegen die stalinistischen Bürokratien und durch Opposition gegen die von den Imperialisten inspirierte Konterrevolution, deren Hauptagentur in Polen die von der CIA gestützte Solidarność war, mit Beihilfe von Pseudolinken wie der SWP.

Die SWP bejubelte die blutigen afghanischen Mudschaheddin-Schlächter – bewaffnet und ausgerüstet von der CIA –, die einen „heiligen Krieg“ gegen die Rote Armee führten, damit sie unverschleierte Frauen ermorden und Lehrer umbringen können, die das „Verbrechen“ begangen hatten, Mädchen das Lesen zu lehren. Der Rückzug der Roten Armee aus Afghanistan war ein direktes Vorspiel zur Konterrevolution in der Sowjetunion selbst; Cliffs Organisation hat auch das vorausgesehen und *kriminellerweise Agitation dafür betrieben*. Der amerikanische Ableger der SWP, die International Socialist Organization (ISO), schrieb: „Ebenso wie Sozialisten die Niederlage der USA in Vietnam begrüßten, begrüßen wir die Niederlage der Russen in Afghanistan. Dies wird all jenen in der UdSSR und in Osteuropa frischen Mut geben, die die Herrschaft von Stalins Erben zerbrechen wollen“ (*Socialist Worker*, Mai 1988). Erzählt das den Frauen, den nationalen Minderheiten und Linken, die heute in der tiefsten Hölle der Herrschaft der Taliban in Afghanistan leben müssen! Im Gegensatz zu den proimperialistischen Cliff-Leuten erklärte die Internationale Kommunistische Liga „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“, und wir riefen auf: „Weitet die Errungenschaften des Oktober auf die afghanischen Völker aus!“. Wir ließen unseren Worten auch Taten folgen und boten an, eine internationale Brigade zu bilden, um gegen die von der CIA (und der SWP) unterstützten Mudschaheddin zu kämpfen. Dieses Angebot wurde von der afghanischen Regierung abgelehnt, also sammelten wir statt dessen Tausende Dollar an dringend benötigter materieller Hilfe für die Opfer des antisowjetischen imperialistischen Kreuzzugs in Afghanistan.

1989/90 unternahm die Internationale Kommunistische Liga die größte internationale Mobilisierung unserer Geschichte und intervenierte mit dem trotzkistischen Programm bei den arbeitenden Massen in Deutschland. Gegen den vom deutschen Imperialismus betriebenen Anschluß der DDR kämpften wir für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands – für ein rotes Rätedeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Wir bezogen Seite, nahmen aktiv an dem Kampf teil, die Errungenschaften des internationalen Proletariats zu verteidigen und auszuweiten; Cliffs Anhänger des „Dritten Lagers“ unterstützten dagegen den Imperialismus und weigerten sich, gegen die Konterrevolution im Osten aufzutreten.

Dieser Klassenverrat auf internationaler Ebene spiegelt sich wider in der Politik der SWP zu Hause: bei ihrer Rolle beim *Streikbruch* und bei den *Angriffen auf die Gewerkschaften*. Cliff nannte den großen britischen Bergarbeiterstreik von 1984/85 einen erstklassigen Beweis für seine Theorie des „Abflauens“ der Arbeiterkämpfe und gab damit der Labour Party und dem Gewerkschaftsdachverband TUC – die dem Streik die Schlinge um den Hals legten – ein Alibi. Wir kämpften darum, den Streik auf andere Schlüsselindustrien auszuweiten. Cliff freilich prahlte damit, daß SWPler Streikpostenkettten der Bergarbeiter überquerten: „Wir haben Stahlarbeiter in Redcar, die Streikposten überqueren. Wir haben drei Stahlarbeiter in Scunthorpe, die überqueren Streikposten...“ (Rede von Tony Cliff, Conway Hall, London, 23. August 1984). Das übte offensichtlich eine besondere Anziehungskraft auf Pete Camarata aus, den führenden Kopf der American Teamsters for a Democratic Union (TDU, Amerikanische LKW-Fahrer für eine demokratische Gewerkschaft) – ein Hätschelkind der amerikanischen ISO. Diese „Opposition“ innerhalb der Teamsters unterstützte bei den Wahlen Ron Carey, den „Reformer“, der sein Amt dadurch bekam, daß er die kapitalistische Regierung direkt in die internen Angelegenheiten der Gewerkschaft hineinzog, *damit die Gewerkschaft um so besser zerschlagen werden kann*. In der Tat hat die TDU 1987 sogar den Entwurf für den Regierungsplan geschrieben – und an die Justizbehörde ge-



Irish News

Britische Armee/RUC-Bullen besetzen katholisches Viertel. Die SWP unterstützte 1969 den Einmarsch der britischen Armee in Nordirland, um „Leben zu retten“

schickt –, wie die Gewerkschaft zu „reorganisieren“ sei. Wir sagen: Regierung, Hände weg von den Teamsters! Und wir sind gegen jegliche Intervention des Staates in Gewerkschaftsangelegenheiten. Im Gegensatz dazu haben Cliffs Leute die Intervention des kapitalistischen Staates in die Gewerkschaftsbewegung bejubelt und in einigen Fällen direkt mit herbeigeführt. Das rührende Vertrauen der Cliff-Anhänger in die „Neutralität“ des bürgerlichen Staates, der die „Demokratie“ in der Arbeiterbewegung regeln soll, ist aus dem gleichen Holz geschnitzt wie ihre Appelle an Bullen und Gefängniswärter. Die SWP weist Lenins klare Beschreibung der „besonderen Formationen bewaffneter Menschen“ des kapitalistischen Staates zurück und jammert: „Sind wirklich alle Bullen Schweine?“ (*Socialist Worker*, 8. Februar).

Auch Blairs Labour Party jubelt heute über die Zerstörung der UdSSR und verbreitet den imperialistischen Mythos, daß der „Tod des Kommunismus“ gekommen sei. Das ist die gleiche Labour-Regierung, über deren Wahl die SWP nach eigener Aussage „überglücklich“ war. Inzwischen – zurück auf dem Boden der Realität – setzt die von der SWP unterstützte Labour-Regierung ihre bössartigen und im voraus versprochenen Angriffe auf Arbeiter, Minderheiten und Immigranten zugunsten der City-Banker in die Tat um. Blairs Regierung hat Blut an den Händen, seit sie gleich nach ihrem Machtantritt in Irland die protestantische Karte gegen die unterdrückte katholische Minderheit im Norden spielte. Blairs militärische Provokation fand zur gleichen Zeit wie das SWP-Schulungswochenende „Marxism '97“ statt. Die Spartacist League gab sofort eine Protesterklärung gegen diese Provokation heraus und forderte den sofortigen und bedingungslosen Rückzug der britischen Truppen; derweil tat die SWP gar nichts, um gegen ihre neuen Labour-Herren zu mobilisieren. Tatsächlich hat die Kapitulation der SWP vor Labour in der irischen Frage eine lange und schmutzige Vorgeschichte. Als 1969 eine Labour-Regierung imperialistische britische Truppen nach Nordirland schickte, *unterstützten* die Cliff-Anhänger dies mit der grotesken Rechtfertigung, dies verschaffe den unterdrückten Katholiken eine „Atempause“! Die SWP als selbsternannte „sozialistische Alternative“ zu Labour ist nichts weiter als ein rötlich angehauchtes Feigenblatt für den britischen

Fortgesetzt auf Seite 23

Rassistische SPD-Kampagne...

Fortsetzung von Seite 1

Basis in der deutschen Arbeiterklasse aus, um in diesem NATO-Frontstaat den Klassenfrieden zu sichern. Wie wir 1989/90 warnten, diente die SPD als „Trojanisches Pferd der kapitalistischen Konterrevolution“, als die früheren Stalinisten und „wiedergeborenen“ Sozialdemokraten der PDS die DDR ausverkauften. Seitdem der Sowjetblock nicht mehr existiert, wollen die Bosse auch den „Sozialstaat“ zerstören. Die SPD, die historisch die Gewerkschaften im Würgegriff hält, bietet sich als Partei an, die besser als Kohls CDU in der Lage ist, den Arbeitern Lohn- und Sozialkürzungen reinzuwürgen, während sie die Arbeiterklasse durch das Hochpreiswachen von Rassismus spaltet.

Die Hamburger Bürgerschaftswahl fand im Kontext des im ganzen Land eskalierenden Staatsterrors gegen Immigranten und Flüchtlinge statt. Im vergangenen Juli schlossen sich die Sozialdemokraten mit der CDU zusammen, um die repressiven „Ausländergesetze“ noch weiter zu verschärfen. Wie diese Gesetze angewandt werden, zeigte sich kürzlich bei einer kurdischen Flüchtlingsfamilie, die in die Türkei abgeschoben wurde mit einem von den Bullen gepackten Koffer, voll von PKK-Broschüren und Bildern des PKK-Chefs Öcalan. Als die Familie unterwegs versuchte, den Koffer loszuwerden, hinderten die BGS-Bullen sie daran und händigten das Material direkt an die türkische Polizei aus. Nach ihrer Ankunft wurde der Vater ins Gefängnis geworfen. In anderen Bundesländern, wo die SPD an der Macht ist, werden algerische Flüchtlinge direkt an die algerische Polizei übergeben, bevor das Flugzeug überhaupt abhebt.

SPD-Hochburg Hamburg: Polizeistaat für Immigranten

Die SPD, seit 40 Jahren in Hamburg an der Macht, ist berüchtigt für ihre rassistische Verwaltung und Polizei. Letzten Sommer wandte der Senat eine neue Methode an, um Abschiebungen voranzutreiben. Er heuerte einen Konsultvertreter aus Gambia an, der unabhängig von der Herkunft der schwarzen Flüchtlinge die gambische Staatsbürgerschaft bescheinigte und Pässe für sie ausstellte, damit sie schnell abgeschoben werden konnten. Am 20. April, Hitlers Ge-

burtsdatum, überfielen die Bullen den Hauptbahnhof, nahmen wahllos alle Schwarzen fest und sperrten sie in Bullenwagen ein. Als die Festgenommenen nach dem Grund fragten, antworteten die Bullen: „Wir feiern heute einen Geburtstag“. Im Hafen werden Flüchtlinge auf Containerschiffen zusammengepfercht. Als vor eineinhalb Jahren ein Flüchtling während einer Razzia über Bord fiel, sahen die Polizisten ungerührt zu, wie er ertrank. Ein Sprecher der Organisation Schwarzer Studenten zeigte die Bullen an, weil sie dem ertrinkenden Flüchtling nicht geholfen hatten; er wurde daraufhin von Anzeigen der Polizei überschüttet. Jetzt ist an Bord der schrecklich überfüllten Schiffe Tuberkulose ausgebrochen – eine Krankheit, die inzwischen aufgrund der imperialistischen Gier wieder weltweit auf dem Vormarsch ist.

Jetzt stellt die SPD die Regierung mit den bürgerlichen Grünen, die „mehr Polizei auf den Straßen“ fordern. Was das heißt, hat sich nach den Wahlen plastisch im Bahnhof Altona gezeigt, wo massenhafte Fahrscheinkontrollen durchgeführt wurden. Hunderte von Kontrolleuren überprüften stundenlang jeden einzelnen Fahrgast, während Bullen und BGS mit Kampfhunden sicherstellten, daß keiner entkam. Dieses Bürgerkriegsmanöver zielte auf die Einschüchterung der gesamten Arbeiterklasse ab.

In diesem abscheulichen rassistischen Klima fühlten die Nazis den Wind in ihren Segeln und forderten die Wähler auf, anstatt der SPD „das Original zu wählen“. Fünf faschistische Parteien stellten bei den Wahlen Kandidaten auf und kleisterten provokativ die Stadt mit ihren chauvinistischen Drecksplakaten zu. Um ein Haar wäre die DVU in die Bürgerschaft gewählt worden. Sie gewann vor allem Stimmen und Sitze in Arbeiterwohnbezirken, wo eine besonders hohe Arbeitslosigkeit herrscht und viele türkische und kurdische Immigranten leben. Nazis drohten, Brandbomben gegen das Juso-Büro der Linksruck-Tendenz zu werfen. Und in einer unheilvollen Demonstration ihres Ziels, wie 1933 die Gewerkschaften und alle Organisationen der Arbeiterklasse zu zerstören, ließen die Faschisten ihre Pläne für eine rassistische Massenversammlung am Vorabend der Wahlen fallen und schickten statt dessen Schlägertrupps zur SPD-Wahlveranstaltung, die sie übernahmen: Der SPD-Bürgermeister Henning Voscherau überließ das Mikrofon flugs dem NPD-Führer Andreas Storr.

Heute gibt es in Deutschland mit sechs Millionen Arbeitslosen die höchste Arbeitslosigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Massenarbeitslosigkeit und soziale Verzweiflung gibt den Nazi-Mörderbanden Auftrieb, zumal die Sozialdemokraten nichts anbieten außer chauvinistischem Protektionismus und Rassismus. Die Faschisten fordern „Arbeit zuerst für Deutsche“. Mit dem ausdrücklich gleichen Ziel fordert der SPD-Mann Zwickel, Vorsitzender der machtvollen Metallergewerkschaft, in der viele eingewanderte Arbeiter organisiert sind, „Quoten“ gegen Immigranten. Als die antisemitische Gollwitzer Dorfverwaltung sich weigerte, jüdische Immigranten aus Rußland aufzunehmen, stellte sich der brandenburgische SPD-Chef Stolpe hinter die Verwaltung. Aufrufe des SPD-Führers Gerhard Schröder nach „Abschiebung von ‚ausländischen Straftätern‘ ... Raus, und zwar schnell“ richteten sich direkt gegen die integrierte Arbeiterbewegung und kriminalisieren *alle* Immigranten *und* deren Kinder (die die deutsche Bourgeoisie am liebsten massenhaft deportieren würde, wenn sie es nur könnte). Sie werden dadurch zum Freiwill für die Nazi-Mörderbanden, die seit der kapitalistischen Wiedervereinigung Immigranten und Asylsuchende durch Brandanschläge ermorden und Städte wie Rostock, Solingen, Mölln und Lübeck zum Synonym für Nazi-Terror gemacht haben.

Die Sozialdemokratie hat gemeinsam mit der stalinistisch geführten KPD die am stärksten organisierte Arbei-

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY 10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

terbewegung Europas gelähmt und es so den Nazis erlaubt, 1933 an die Macht zu kommen, ohne daß auch nur ein Schuß abgefeuert wurde. Gegen ihre selbstmörderische Kapitulationspolitik kämpften die Trotzisten für die *Einheitsfront* der Arbeiterorganisationen gegen die Nazis:

„Keine gemeinsame Plattform mit der Sozialdemokratie oder den Führern der deutschen Gewerkschaften, keine gemeinsamen Publikationen, Banner, Plakate! Getrennt marschieren, vereint schlagen! Sich nur darüber verständigen, wie zu schlagen, wen zu schlagen und wann zu schlagen!“ (Trotzki, „Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen“, Dezember 1931)

In dieser Tradition kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands für die *Mobilisierung der Gewerkschaften/Immigranten* und aller potentiellen Opfer des Faschismus, um die Nazi-Provokationen zu stoppen. Und mit Trotzki erklären wir, daß der Kampf, die Faschisten zu stoppen – die völkermörderischen Sturmtruppen, die von der herrschenden Klasse in Reserve gehalten werden – untrennbar verbunden ist mit der revolutionären Perspektive des proletarischen Kampfes um die Staatsmacht. Unsere Aufgabe ist es, die revolutionäre internationalistische Partei aufzubauen, die das Bewußtsein der Arbeiterklasse schärft, um diese historische Notwendigkeit in die Tat umzusetzen.

Mit dieser Perspektive intervenierten wir, um im Februar dieses Jahres in Berlin-Hellersdorf die Nazis zu stoppen. Mit Flugblättern, die vor Berliner Fabriken, Schulen und Veranstaltungen verteilt wurden, führten wir vor den Augen der Werktätigen und linken Jugendlichen einen politischen Kampf, um die Arbeiterklasse zu bewaffnen gegen die Kräfte um die sozialdemokratische PDS: Diese baute Illusionen in die bürgerliche Demokratie auf und wollte den Staat durch Druck dazu bringen, eine faschistische Provokation zu verhindern. Unser Ziel war eine auf das Proletariat gestützte Mobilisierung, um die Nazis zu stoppen, aber die Gewerkschaftsbürokratie sabotierte die Teilnahme von Arbeiterkontingenten. Trotzdem waren wir gut darauf vorbereitet, um vor Ort die Kräfte abzuspalten und erfolgreich zu organisieren, die die Nazis *stoppen* wollten, und machten dadurch Hellersdorf zu einem bescheidenen, aber politisch bedeutsamen Sieg.

Das Proletariat mit seinem strategischen eingewanderten Bestandteil hat das lebhafteste Interesse und die soziale Macht, die Unorganisierten zu organisieren, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und für Arbeitsplätze für alle durch Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu kämpfen, für gewerkschaftliche Tariflöhne für alle Arbeiter, einschließlich Frauen und ausländische Arbeiter, und für volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien. Um diese Forderungen durchzusetzen, ist es nötig, die Arbeiterklasse von ihren rassistischen sozialdemokratischen Irreführern zu *brechen* – den Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung – und sie systematisch für die *proletarische Revolution* zu mobilisieren: Nieder mit der rassistischen, imperialistischen „Festung Europa“ von Maastricht – Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von

Europa! Mit diesem marxistischen Programm haben die Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga in die machtvollen Kämpfe interveniert, die in ganz Europa zur Verteidigung gegen die rassistische kapitalistische Offensive stattgefunden haben – ganz im Gegensatz zu den verschiedenen sozialdemokratischen Volksfront-Sackgassen,



Berlin-Hellersdorf – Sieg über Nazis erforderte einen politischen Kampf gegen SPD/PDS-geschürte Illusionen in den bürgerlichen Staat

die von der Pseudolinken gepriesen werden, besonders von den sich trotzkistisch nennenden linken Reformisten und Zentristen.

Warum die Pseudolinke die Faschisten nicht bekämpfen kann

Alle diese „linken“ Organisationen unterstützen den Labour-Chef Blair in Britannien sowie die „Volksfront“-Regierungen der Klassenkollaboration in Italien und Frankreich – wo die reformistischen Arbeiterparteien den Interessen und dem Programm der Bourgeoisie *untergeordnet* sind –, und hierzulande laufen sie den Sozialdemokraten hinterher, um den Kampf „gemeinsam gegen rechts“ zu führen. Ihre „antifaschistischen“ Bündnisse sind Wahlveranstaltungen für die Sozialdemokratie und die Volksfront. Die Labour Party, die „Sozialisten“ und „Kommunisten“ in Frankreich und Italien und die SPD und PDS in Deutschland sind in Lenins Worten „bürgerliche Arbeiterparteien“. Aber parlamentarische Regierungen, die von diesen Parteien gebildet werden, einschließlich der SPD – und unabhängig davon, ob sie allein oder in einer Koalition regieren –, sind *kapitalistische* Regierungen. Diese Regierungen verwalten die Austeritätsprogramme der Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter und besonders der Frauen und Immigranten, sie demobilisieren und demoralisieren die Arbeiterklasse und stoßen gleichzeitig die Kleinbourgeoisie und die rückständigsten Arbeiter in die Arme der Reaktion und der Nazis.

Die linksreformistische Linksruck-Tendenz versucht, antirassistische Jugendliche für die rassistische SPD zu rekrutieren. Bei den Hamburger Wahlen übernahm Linksruck *direkt Verantwortung* für den Staatsterror gegen Immigranten und Flüchtlinge, als sie mit ihrer Titelseite „SPD wählen ohne Illusionen“ (!) Wahlpropaganda für die rassistischen Sozialdemokraten betrieb. Diese Zeitung verbreiteten sie eine Woche vor der Wahl bei einer Demo, die von einem

Fortgesetzt auf Seite 10

Rassistische SPD-Kampagne...

Fortsetzung von Seite 9

Bündnis pseudolinker Gruppen einschließlich Linksruck, dem rechtszentristischen Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB) und der PDS organisiert worden war unter der Losung „NPD-Aufmarsch verhindern!“ Am gleichen Tag, an dem die Nazis die SPD-Wahlveranstaltung überfielen, setzte die SPD 2000 Bullen in voller Kampfmontur gegen die Demonstranten ein. Aber die verschiedenen Aufrufe und die Propaganda für diese Demo *schwiegen* über den rassistischen, von der SPD entfachten Staatsterror. Diese Demo diente nur dazu, der SPD einen „antifaschistischen“ Deckmantel zu verschaffen. Das wurde besonders bei einem Planungstreffen für die Demo am 26. August klar, wo es einen Aufruhr gab, als Spartakisten hervorhoben, daß es die Politik der Sozialdemokratie und ihrer reformistischen und zentristischen Anhängsel ist, die den Faschisten grünes Licht verschafft.

Im vergangenen März marschierten in München 5000 Braunhemden/Skinheadschläger mit wehenden Nazi-Flaggen stundenlang ungehindert durch die Straßen. Aber die SPD-loyale *Linksruck*-Zeitung verkündete in riesigen Lettern in der April-Ausgabe den „Sieg von München“. Warum? Weil Tausende antirassistische Demonstranten auf die Straße gekommen waren. Aber sie wurden von Pseudolinken wie *Linksruck* *umgelenkt* zu impotenten Protestversammlungen, kilometerweit vom Ort der faschistischen Provokation entfernt. Und die SPD- und DGB-Bürokraten *demobilisierten* die Gewerkschaften. Wir haben zu der Zeit als einzige gewarnt, daß München eine schwere Niederlage für Immigranten, für die Linke und die gesamte Arbeiterklasse war, und daß dadurch der Naziterror wesentlich ermutigt und gestärkt wurde. Die nachfolgenden Entwicklungen – nicht zuletzt, daß die SPD-Veranstaltung in Hamburg von Faschisten auseinandergenommen wurde – bewiesen unsere Einschätzung: Die Nazis sind zunehmend unverfrorener aufgetreten und haben sich bewußt die Arbeiterbewegung zum Ziel gemacht.

Die Verantwortung für die Niederlage in München liegt auch beim RSB, der dabei mithalf, das Ablenkungsmanöver der von den Grünen dominierten „antifaschistischen“ Demo zu organisieren. Nick Brauns, damals im RSB, wandte sich bei der Demo mit einem Appell an „meine Damen und Herren Polizisten“, die doch aufhören sollten, die Faschisten zu schützen. Inzwischen hat sich der RSB gespalten und den größten Teil seiner Münchner Ortsgruppe verloren, einschließlich der selbsternannten „linken Oppositionellen“

Brauns und Max Brym. Diese bauen jetzt eine „linke“ Tendenz in der durch und durch reformistischen PDS auf. Nachdem sie im März in München vor den SPD/DGB-Reformisten auf dem Bauch gelegen haben, posieren sie jetzt als Gegner der SPD, vermutlich wegen deren extrem rassistischer Wahlkampagne. Doch das ist nur ein fauler Trick, denn die genauso reformistische PDS ist in Wirklichkeit eine *Hintertür* zur SPD. Wie in Sachsen-Anhalt, wo die PDS Schröders Mann Höppner in Magdeburg unterstützt, *will* die PDS die SPD an die Macht bringen in der Hoffnung, daß sie eines Tages selbst Zutritt zur Regierung kriegt. Die Pseudolinken, die die PDS unterstützen, sind nur ein Teil der „syphilitischen Kette“ zur Unterstützung der SPD, die wiederum der deutschen Bourgeoisie dient.

Am 8. November, dem Vorabend des Jahrestags der Nazi-Reichspogromnacht von 1938, mit der der Holocaust begann, drohten die Nazis erneut mit einer Massenzusammenrottung, diesmal vor der Münchner SPD-Zentrale. Als Antwort darauf verbot der Staat *alle* Demonstrationen. Brym enthüllte am 8. November sein rührendes Vertrauen in die bürgerliche Legalität, als er als Anführer eines PDS-Chorus Passagen aus der deutschen Verfassung laut vorlas – *an die Polizisten, von denen sie umstellt waren*. Die „Damen und Herren“ der Polizei konfiszierten den Text und erhoben Anklage gegen Brym. Wir fordern: Alle Anklagen gegen Brym müssen fallengelassen werden! Die Linksreformisten der Internationalen Sozialistischen Organisation gingen sogar noch weiter und bejubelten das von der SPD gepushte Verbot. Unter der Überschrift „München, 8. 11.: Nazi-Aufmarsch verhindert!“ (*Linke Offensive*, Dezember 1997) behauptet sie, daß ein „Bündnis“ von 40 Organisationen, trotz des SPD-Abbruchs in letzter Minute, „stark genug [war], die Gerichte zum Verbot des Nazi-Aufmarsches zu zwingen“ – obwohl die „Bündnis“-Demo genauso verboten wurde.

In den 30er Jahren stützte sich die SPD gegenüber den Faschisten auf die „demokratische“ Weimarer Verfassung und die preußische Polizei und bereitete so Hitler den Weg. Trotzki schrieb in *Was Nun?* 1932 über die bewaffnete Faust des bürgerlichen Staates:

„Der Umstand, daß die Polizisten in bedeutender Zahl unter sozialdemokratischen Arbeitern rekrutiert wurden, will ganz und gar nichts besagen... Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter. In den letzten Jahren hatten sich diese Polizisten weitaus mehr mit revolutionären Arbeitern zu schlagen als mit nationalsozialistischen Studenten. Eine solche Schule hinterläßt Spuren. Und die Hauptsache: jeder Polizist weiß, daß die Regierungen wechseln, die Polizei aber bleibt.“

Die Weimarer Polizei wurde fast intakt in das Dritte Reich integriert und später in den Apparat des Nazi-Völkermords.

Am vergangenen 1. Mai in Leipzig gab die Gruppe Arbeitermacht (GAM) ein Schulbuchbeispiel, was Zentrismus bedeutet. Die Nazis wollten aus ihrem gefährlichen Sieg in München Gewinn schlagen und planten eine weitere Provokation vor dem Völkerschlachtdenkmal am Rande Leipzigs. Der DGB sagte daraufhin alle regionalen Maidemonstrationen in Sachsen ab und rief zu einer zentralen Kundgebung in der Innenstadt Leipzigs auf. Die GAM war begeistert: „Daran anknüpfend müssen wir dafür eintreten, diese Kraft dafür zu nutzen, den rechten Mob von der Straße zu jagen!“ (*Arbeitermacht*, Mai 1997). Das ist eine Lüge. Die DGB-Kundgebung, mit dem Rassisten Zwickel als Hauptredner, war kilometerweit von dem Ort entfernt, wo die Nazis ihre Völkermord-Provokation geplant hatten, und sie sollte Stunden danach stattfinden. Ihr Zweck war es, eine Arbeitereinheitsfrontaktion zu *verhindern*. DGB, SPD und PDS riefen den Staat auf, die Nazi-Provokation zu verbieten, was auch geschah. Das Ergebnis: 4500 Bullen,

ПОСЛЕДНИЙ ОБЪЕДИ-
ЖЕННЫЙ ПЕРИОДИЧЕСКИЙ
ПАРТИЙНЫЙ ПАРТНЕР

ИСКРА

СЕНТЯБРЬ 1997

СЕНТЯБРЬ 1997



LENIN UND DIE AVANTGARDEPARTEI

SPARTAKIST-Broschüre DM 3,-

Spartakist-Broschüre
Lenin
und die
Avantgardepartei

DM 3,-
plus DM 1,50 Porto
(56 Seiten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin

Konto 119 88-601
Postbank
Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

ArbeiterInnenstandpunkt/LRKI: Wes Brot ich ess', des Lied ich sing'

Für Marxisten, die verstehen, daß der bürgerliche Staat durch sozialistische Revolution zerschlagen werden muß, ist der Kampf für die Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung eine Frage des Prinzips. Genau deshalb nehmen wir *keinerlei* finanzielle Unterstützung vom bürgerlichen Staat an. Nicht so die „Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale“ (LRKI) und ihre österreichische Sektion ArbeiterInnenstandpunkt (AST, in Deutschland Gruppe Arbeitermacht). Die Wiener Vereinigung Alternativer Zeitschriften veröffentlichte im Internet eine Dokumentation, wonach die zweimonatliche Zeitung *ArbeiterInnenstandpunkt* wie auch das deutschsprachige theoretische LRKI-Journal *Revolutionärer Marxismus vom österreichischen Staat finanziell gefördert werden!* Als wir während unserer diesjährigen Abokampagne an der Wiener Uni ein AST-Mitglied damit konfrontierten, bestätigte er stolz den Erhalt der staatlichen Gelder.

Im November 1996 hatte die SPÖ erfolgreich einen Versuch ihres christdemokratischen Koalitionspartners ÖVP abgewehrt, die die Subvention der AST/GAM-Publikationen und anderer „linksalternativer“ Zeitungen als nicht „förderungswürdig“ streichen wollte. In Öster-

reich hält die SPÖ seit Jahrzehnten die Zügel der Staatsmacht in der Hand: Wes Brot ich ess', des Lied ich sing'. Für die AST standen für das Finanzjahr 1996 nicht weniger als 135000 Schilling (DM 19200,-) auf der Regierungsliste. Mit dem korrupten österreichischen Staat als Zahlmeister – wen wundert da noch die jüngste AST-Titelseite anlässlich der Präsidentschaftswahlen 1998: „Nicht kneifen: SPÖ muß kandidieren!“

Die SPÖ hat vor zwei Jahren die schärfsten rassistischen Einreisegesetze Europas durchgesetzt und damit dem FPÖ-Nazi Haider eine Massenanhängerschaft zugetrieben. Im Einklang mit der SPÖ beschönigen AST und GAM diesen gefährlichen Faschisten-Führer als „Rechtspopulisten“ – wie sie schon in den 80er Jahren den Nazi-Kriegsverbrecher und österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim weißgewaschen haben.

Die Trennlinie zwischen Revolutionären und Reformisten ist ihre Haltung gegenüber dem bürgerlichen Staat. Mit der Annahme von Regierungsgeld öffnet die österreichische Sektion der LRKI die reformistische Sozialdemokratie nach, deren Programm und Praxis darin besteht, den kapitalistischen Staat im Interesse der Bourgeoisie zu verwalten.

aufgeboten vom SPD-Bürgermeister, verhafteten mehr als 100 Anti-Nazi-Jugendliche und schützten 50 Nazis.

Aufrufe an den bürgerlichen Staat, die Faschisten zu „verbieten“, ermutigen diesen nur, seine Polizeistaatsgewalt auszubauen, deren volle Härte unweigerlich die Arbeiterbewegung und Immigrantensorganisationen trifft. Wie Trotzki am 13. Januar 1936 an seine Anhänger in den Niederlanden schrieb: „Aus dem Grund ist die Losung für die Auflösung und Entwaffnung der faschistischen Banden durch den Staat durch und durch reaktionär (die deutschen Sozialdemokraten rufen ‚Der Staat muß eingreifen!‘).“

Jetzt für eine Stimme entweder für die SPD oder die PDS aufzurufen heißt, die Klasseninteressen des Proletariats zu verraten und es an seine Klassenfeinde zu binden; es heißt, in die Kampagne der rassistischen Hysterie gegen Immigranten einzusteigen, die das Wachstum der Nazis schürt. In den 30er Jahren führten Volksfrontregierungen in Spanien und Frankreich direkt zum Sieg des Faschismus und zum imperialistischen Weltkrieg. Wie Trotzki im *Übergangsprogramm* von 1938 schrieb, dem Gründungsdokument der Vierten Internationale: „Die ‚Volksfront‘ auf der einen Seite – der Faschismus auf der anderen: dies sind die letzten politischen Hilfsmittel des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische Revolution.“ Gerade weil die Pseudolinken sich mit Händen und Füßen an die Sozialdemokratie und die Volksfront gekettet haben, sind diese Gruppen politisch unfähig, die faschistische Bedrohung zu bekämpfen.

Heute ziehen es die westeuropäischen Bourgeoisien vor, sich auf ihre SPD-Handlanger und die Volksfront zu verlassen, um die werktätigen Massen im Würgegriff zu halten. Sie kultivieren die Nazis als Reservearmee, d.h. wie eine Versicherung für den Fall des Wiederaufstiegs einer revolutionären Arbeiterbewegung. Aber der Nazi-Holocaust und der Krieg gegen die Sowjetunion zeigen, zu welch wahn-sinnigen, barbarischen Methoden die Imperialisten bereit sind, um ihr krisengeschütteltes Ausbeutungssystem zu verteidigen, wenn die jetzigen Mittel nicht mehr helfen. Für die Schmiedung der revolutionären Avantgarde behält die stra-

tegische Aufgabe, die Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie zu brechen, heute genau die gleiche Bedeutung, die sie zu Trotzki's Zeiten hatte. Wir kämpfen für eine neue revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung und für die Wiederschmiedung einer wirklichen leninistisch-trotzkistischen internationalen Partei, die für neue Oktoberrevolutionen weltweit kämpft. Dies erfordert damals wie heute einen schonungslosen Kampf gegen unsere zentristischen und links-reformistischen Opponenten, die das Haupthindernis bei der Erfüllung dieser Aufgabe darstellen. Wie es Trotzki's *Übergangsprogramm* am Vorabend des Weltkrieges formulierte:

„Ohne eine sozialistische Revolution in der nächsten historischen Periode droht der gesamten Kultur der Menschheit eine Katastrophe. Die Reihe ist nun am Proletariat, d.h. vor allem an seiner revolutionären Avantgarde. Die historische Krise der Menschheit geht zurück auf die Krise der revolutionären Führung.“ ■

NEU!

SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 19, Winter 1997/98
DM 3,- zuzüglich Porto
(Im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin

Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

SPARTACIST
DEUTSCHE AUSGABE
WINTER 1997/98

Für eine leninistisch-trotzkistische Partei!

**China am Scheideweg:
Proletarisch-politische Revolution
oder kapitalistische Versklavung?**
SEITE 8

**Permanente Revolution kontra
„antimperialistische Einheitsfront“
Die Ursprünge des
chinesischen Trotzkismus**
SEITE 22

**Originaldokumente aus sowjetischen Archiven veröffentlicht
Trotzkis Kampf gegen den stalinistischen
Verrat an der bolschewistischen Revolution**
SEITE 40

**Revolutionäre Umgruppierung oder
zentristische Alchemie?**
SEITE 64

Der folgende Teil 6 dieser Artikelserie ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 649, 2. August 1996. Die Teile 1 bis 3, erschienen in Spartakist Nr. 124–126, beschäftigten sich mit den Ursprüngen des Anarchismus und dessen führenden Köpfen wie Proudhon und Bakunin bis zur Pariser Kommune und der Spaltung in der Ersten Internationale. Die Teile 4 und 5 (Spartakist Nr. 127 und Nr. 129) analysierten die anarchistischen und syndikalistischen Bewegungen in der Periode vor dem Ersten Weltkrieg. Der abschließende Teil 7 wird sich mit den Auswirkungen der bolschewistischen Revolution von 1917 und der Gründung der Kommunistischen Internationale auseinandersetzen.

In einer berühmten amerikanischen Erzählung des Schriftstellers Washington Irving vom frühen 19. Jahrhundert geht es um „Rip van Winkle“. Rip, ein Tunichtgut aus einem Dorf im Flußtal des Hudson im Staat New York, schluckt kurz vor dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg einen Zaubersaft und schläft 20 Jahre lang. Er wacht in einer fremden und völlig unvorhergesehenen politischen Welt auf. Als Untertan von König George III. von England eingeschlafen, findet er sich nun als Bürger einer neuen Republik

von Joseph Seymour

wieder, den Vereinigten Staaten von Amerika, mit einem Präsidenten namens George Washington, von dem er vorher noch nie gehört hatte.

Wäre ein linker Rip van Winkle 1913 in Europa oder Nordamerika eingeschlafen und zehn Jahre später aufgewacht, hätte auch er die politische Welt vollkommen unbekannt und völlig unerwartet vorgefunden. Er hätte ehemalige anarchistische und syndikalistische Aktivisten gesehen, die sich inzwischen mit früheren Sozialdemokraten des linken Flügels (Marxisten) in einer neuen internationalen Bewegung vereinigt hatten, die sich kommunistisch nannte, ein Begriff, der von der Linken in dem halben Jahrhundert davor kaum benutzt worden war. Andere führende Vorkriegs-Anarchosyndikalisten ständen im Bündnis mit sozialistischen Parlamentariern gegen die Kommunisten. Er hätte festgestellt, daß Anarchismus und Syndikalismus als Tendenzen von Bedeutung einfach nicht mehr existierten. Gleichzeitig hatten die Parteien, die sich immer noch sozialdemokratisch nannten, offen der proletarischen Revolution den Rücken gekehrt zugunsten von Klassenkollaboration und nationalistischem Militarismus, und in vielen Fällen stellten sie Minister in verschiedenen europäischen kapitalistischen Regierungen.

In Frankreich war vor 1914 die syndikalistische Confédé-

Marxismus kontra Anarchismus

Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution

Teil 6 1914–1918: Imperialistischer Krieg und die Neuformierung der Linken

ration Générale du Travail (Allgemeine Arbeiterkonföderation [Gewerkschaftsdachverband] – CGT) die bestimmende Arbeiterorganisation gewesen. Jetzt existierten zwei rivalisierende Gewerkschaftsverbände, einer mit den Kommunisten verbunden, der andere mit der reformistischen Sozialistischen Partei. In Italien, dem Ursprungsland der bakunistischen Bewegung in den 1860er und 70er Jahren, war der Anarchismus zur Randerscheinung geworden, und die neu gebildete Kommunistische Partei war bei den radikalen Linken vorherrschend. In den Vereinigten Staaten waren die syndikalistischen Industrial Workers of the World (IWW [Industriearbeiter der Welt]) vor dem Ersten Weltkrieg die bedeutendste Organisation links von der Socialist Party gewesen. Aber Anfang der 20er Jahre waren sowohl die Socialist Party als auch die IWW zu leeren Hülsen geworden: Alle vitalen, kämpferischen, vorwärtsgerichteten Elemente der

amerikanischen Linken hatten sich umgruppiert und der Kommunistischen Internationale von Lenin und Trotzki angeschlossen.

Nur in Spanien bildeten die Anarchisten und Syndikalist bis in die 20er Jahre hinein auch weiterhin einen Hauptbestandteil der Arbeiterbewegung. Diese Ausnahmesituation auf der iberischen Halbinsel rührte zum großen Teil von der Tatsache her, daß Spanien nicht am ersten imperialistischen Weltkrieg teilgenommen hatte. Deshalb machte die spanische Linke nicht die Erfahrungen der schmerzhaften Kämpfe zwischen Sozialchauvinisten und Internationalisten, von denen die Politik der Arbeiterklasse in den anderen Ländern Europas und auch in Nordamerika dominiert wurde.

Die Sozialdemokratie, der Anarchismus und der Syndikalismus von der Zeit vor 1914 starben auf den Schlachtfeldern von Tannenberg und an der Somme, bei Verdun und Caporetto, zusammen mit Millionen europäischer junger Männer. Trotz ihrer Differenzen teilten der führende „orthodoxe“ Marxist Karl Kautsky, der führende Anarchist Peter Kropotkin und der Gründer des französischen Syndikalismus Fernand Pelloutier gewisse Grundanschauungen. Alle waren geprägt durch die Stabilität der europäischen bürgerlichen Ordnung, das stetige Wachstum der Arbeiterbewegung und die relativen demokratischen Freiheiten, die sie Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorfanden. Die Führer und Theoretiker der Hauptströmungen der Sozialdemokratie, des Anarchismus und des Syndikalismus glaubten, daß die Ära der gewalttätigen Revolutionen und Konterrevolutionen in West- und Mitteleuropa der Vergangenheit angehöre. Sie alle sahen erwartungsfroh einer gerechten, egalitären und humanen „zivilisierten“ Maßnahmen, die von allen vernünftigen Men-

schen guten Willens unterstützt oder wenigstens akzeptiert würden.

Diese rosige Vision einer geordnet durchgeführten sozialen Revolution wurde durch das Geschützfeuer des August 1914 in tausend Stücke zerschlagen. Im ersten Band seiner scharfsinnigen Trotzki-Biographie, *Der bewaffnete Prophet 1879-1921* (1962), erklärt der polnische marxistische Historiker Isaac Deutscher, wie sich in der Leichenhalle, zu der Europa geworden war, zukünftige Kommunisten herausbildeten:

„... das Morden der kommenden Jahre, in denen Millionen von Menschen ihr Leben um ein paar Quadratmeter Feindesland lassen mußten, ließ sie voller Verachtung und Haß die humanitäre Fassade und Täuschung des europäischen Staatswesens durchschauen. Sie zogen den Schluß, daß wenn zivilisierte Regierungen es um ihrer nationalen Machtpolitik für tunlich fanden, Millionen von Menschen auszurotten und Dutzende von Millionen zu Krüppeln zu machen, es sicherlich die Pflicht der Sozialisten war, vor keinem Opfer im Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung zurückzuschrecken, die die Menschheit von dieser Torheit befreien würde. Die alte Ordnung erteilte ihnen eine Lektion in grausamer Unbarmherzigkeit. Die ‚gotische Spitzenwerkerei‘ der europäischen Zivilisation war in Stücke gerissen geworden und wurde im Schlamm und Blut der Schützengräben mit Füßen getreten.“

Das Trauma vom August 1914

Der europaweite Krieg, der im August 1914 ausbrach, war von der Linken vorhergesehen und gefürchtet worden. Beinahe drei Jahrzehnte vorher hatte Friedrich Engels mit verblüffender Präzision vorhergesagt:

„Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie gesehnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung...“

In den folgenden Jahren wurde die Frage des Militarismus, und wie man ihn bekämpft, zu einem dominierenden Thema in der Zweiten (Sozialistischen) Internationale, das deren linken und rechten Flügel immer mehr voneinander abgrenzte. Eine Resolution über den Militarismus, die auf dem Kongreß der Internationale 1907 in Stuttgart angenommen wurde, schloß mit einer Ergänzung, die von Lenin, Rosa Luxemburg und dem Führer der russischen Menschewiki Julius Martow vorgeschlagen worden war:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern...“

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Die deutsche Sozialdemokratie (SPD) in dieser Periode wurde allgemein als Modell einer von Marxisten geführten Arbeiterpartei und als zentraler Kern der internationalen sozialistischen Bewegung angesehen. Als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 für die Kriegskredite stimmte, hatte dies deshalb auf revolutionäre Marxisten in der ganzen Welt traumatische Auswirkungen. Luxemburg erlitt einen Nervenzusammenbruch als Reaktion auf die Welle von nationalem Chauvinismus, die über die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Deutschland hereinbrach. Lenin weigerte sich anfangs, dem Bericht über die



Editions D'Avron

Bolschewistische Duma-Abgeordnete werden nach Sibirien verbannt, weil sie Agitation gegen den Ersten Weltkrieg betrieben, der Millionen Opfer unter den Arbeitern forderte. Rechts: Zimmerwalder Manifest der Antikriegskonferenz von 1915; den Entwurf schrieb Leo Trotzki



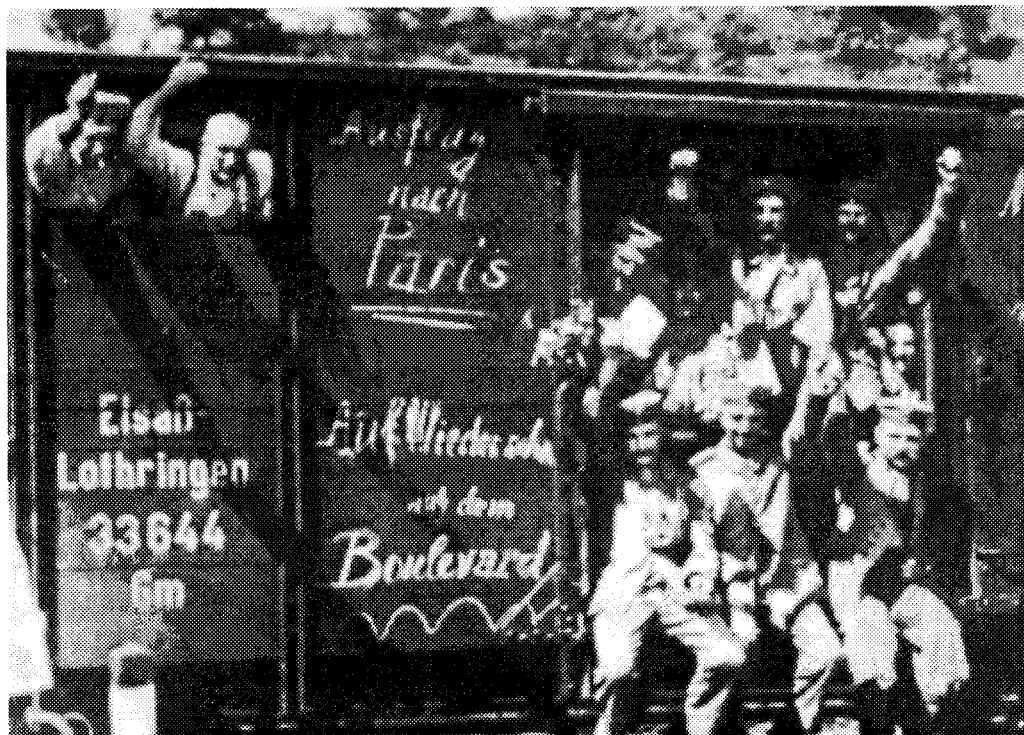
Reichstagsabstimmung im SPD-Organ *Vorwärts* Glauben zu schenken, er hielt diese Ausgabe für eine Fälschung der Regierung des Kaisers. Trotzki erinnert sich in seiner Autobiographie „Mein Leben“ (1929) an seine damaligen Gefühle: „Das Telegramm von der Kapitulation der deutschen Sozialdemokratie erschütterte mich mehr als die Kriegserklärung, obwohl ich von einer naiven Idealisierung des deutschen Sozialismus weit entfernt war... Ich hatte nicht erwartet, daß die offiziellen Führer der Internationale im Falle eines Krieges sich als fähig erweisen würden zur revolutionären Initiative. Aber gleichzeitig ließ ich den Glauben nicht zu, daß die Sozialdemokratie einfach auf dem Bauche kriechen werde vor dem nationalen Militarismus.“

Was die deutsche Sozialdemokratie vor 1914 für Marxisten war, war die französische Confédération Générale du Travail für Syndikalisten und viele Anarchisten: die international stärkste und am meisten respektierte Arbeiterorganisation, die ihre Doktrin und Tradition verkörperte. Zum Beispiel veröffentlichte die amerikanische IWW-Zeitschrift *Solidarity* 1913 eine Übersetzung der Broschüre „Franzö-

Fortgesetzt auf Seite 14



W.W. Norton & Co.



W.W. Norton & Co.

Verräter wie der SPD-Führer Friedrich Ebert (links) halfen dabei, junge deutsche Arbeiter für das brudermörderische Gemetzel zu mobilisieren

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 13

sischer Syndikalismus“ des CGT-Generalsekretärs Léon Jouhaux. Jahr für Jahr hatten die französischen syndikalistischen Führer feierlich proklamiert, daß sie auf eine Kriegserklärung mit einem revolutionären Generalstreik antworten würden. Als aber der Krieg tatsächlich erklärt wurde, schlossen sie sich ohne Zögern der „union sacrée“ [heilige Allianz] zur Verteidigung des französischen kapitalistischen Staates an, und Jouhaux predigte „Haß auf den deutschen Imperialismus“, als er sich an diejenigen wandte, „die jetzt in den Krieg ziehen“.

Peter Kropotkins Unterstützung für Britannien, Frankreich und Rußland gegen die Mittelmächte war wahrscheinlich für anarchistische Militante ein noch größerer Schock, als es die berüchtigte Zustimmung der deutschen Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten für Luxemburg, Lenin und Trotzki war. Kropotkin war bis dahin als ein Mann von unanfechtbarer revolutionärer Integrität und ebensolchem Idealismus angesehen worden, nicht nur von Anarchisten, sondern auch von vielen nichtanarchistischen Linken. Er stammte aus einer hochrangigen russischen Adelsfamilie und lebte seit drei Jahrzehnten im Exil in England, als der Krieg ausbrach. Der Befürworter von Solidarität innerhalb der menschlichen Gemeinschaft unterschied sich urplötzlich nicht mehr von den rabiatesten britischen oder französischen Chauvinisten. Selbst eine ihm in hohem Maße wohlgesinnte Biographie gibt zu: „Alles, was Kropotkin tat, war, wie jeder Militarist von größerer und besseren Kanonen zu reden, seine Freunde zu ermahnen, ‚sich wie wilde Tiere zu verteidigen‘, und die gängigen übertriebenen Greuelgeschichten über die Deutschen, die ‚wie Teufel kämpfen und auf allen Gesetzen der Menschlichkeit herumtrampeln‘, zu wiederholen“ (George Woodcock und Ivan Avakumovic, *The Anarchist Prince* [Der anarchistische Prinz, 1950]). Der alte russische Volkstümler und Anarchist verteidigte jetzt das zaristische Kaiserreich mit dem lahmen Argument, die militärische Allianz mit Britannien und Frankreich würde zu einer „Stärkung der Kräfte für eine Liberalisierung in Rußland“ führen.

Kropotkins Eintreten für den Krieg war beileibe keine individuelle Anomalie innerhalb der anarchistischen Bewegung. Die führenden intellektuellen Köpfe der anarchistischen Bewegung in Frankreich – Jean Grave, Charles Malato, Paul Reclus – schlossen sich der Verteidigung ihres „eigenen“ kapitalistischen Staates an. Auch der österreichische anarchistische Gelehrte Max Nettlau, eine anerkannte Autorität auf dem Gebiet von Bakunins Leben und Schriften, unterstützte den Krieg, in seinem Fall auf der Seite der Mittelmächte – Kaiser Wilhelms Deutschland und das Habsburger Kaiserreich Österreich-Ungarn.

Männer und Frauen, die jahrelang, sogar jahrzehntlang eng zusammengearbeitet hatten, wurden über Nacht zu erbitterten politischen Gegnern. Lenin verurteilte Kautsky, den er bis dahin als den herausragenden marxistischen Theoretiker seiner Zeit respektiert hatte, als einen „erstklassige[n] Heuchler und als Virtuose in der Prostituirung des Marxismus“. Der langjährige italienische Bakunist Errico Malatesta brandmarkte nun Kropotkin, seinen „alten und geliebten Freund“, als einen „Regierungsanarchisten“. Lenin berichtete in einem Artikel über die Zimmerwalder Antikriegskonferenz von 1915, daß der französische syndikalistische Führer Alphonse Merrheim erbittert erklärte: „Die Partei, Jouhaux und die Regierung – das sind nur drei Köpfe unter einem Hut“ (in „Die revolutionären Marxisten auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz“, *Werke* Bd. 21).

Sozialisten, Syndikalisten und Anarchisten, die gegen den Krieg waren, stellten fest, daß sie untereinander bei weitem mehr Gemeinsamkeiten hatten als mit ihren ehemaligen Genossen und Gleichgesinnten, die zu Chauvinisten und Militaristen geworden waren. Die Neuformierung der Linken manifestierte sich am klarsten in Frankreich, wo alle Tendenzen in der sozialistischen, syndikalistischen und anarchistischen Bewegung gleichermaßen gut repräsentiert waren.

Vor 1914 waren die beiden Hauptpole der französischen Arbeiterbewegung die „orthodox“ marxistische Fraktion von Jules Guesde in der Sozialistischen Partei und die syndikalistische CGT gewesen, wobei der eklektische Sozialist Jean Jaurès eine Mittlerrolle zwischen den beiden einnahm. Jaurès wurde am Vorabend des Krieges von einem rechtsra-

dikalen royalistischen Fanatiker ermordet. Guesde und Jouhaux wurden beide zu Stützfeilern der „union sacrée“: der „marxistische“ Sozialist als Minister ohne Geschäftsbereich im „Kabinet der nationalen Verteidigung“, der syndikalistische Gewerkschaftsführer als „nationaler Beauftragter“.

Die relativ kleine Zahl französischer Linker, die gegen den Krieg waren, organisierte sich um das Komitee für die Wiederaufnahme internationaler Beziehungen. Der Kern und die bekanntesten Köpfe dieser Gruppe waren revolutionäre Syndikalisten – Alphonse Merrheim, Pierre Monatte und Alfred Rosmer –, denen sich Sozialisten und Anarchisten, die von der Mehrheitslinie abwichen, anschlossen, einige von ihnen direkt aus den Schützengräben. Leo Trotzki, der bis zu seiner Ausweisung 1916 in Frankreich im Exil lebte, spielte eine wichtige und in gewissem Sinne führende Rolle bei der Organisation und Anleitung dieser Antikriegsaktivisten. Ebenfalls an zentraler Stelle beteiligt war ein anderer russischer emigrierter Revolutionär, Salomon Losowski, zu jener Zeit ein eigenwilliger rechter Bolschewik, der später der Vorsitzende der Gewerkschaftsinternationale wurde, die mit der Kommunistischen Internationale verbunden war. Die internationalen Sympathien der französischen Linkssyndikalisten wurden vertieft durch ihre enge Zusammenarbeit mit den zwei Russen, die sie mit einer Art von Marxismus in Kontakt brachten, wie sie damals in Westeuropa unbekannt war. Ein französischer Veteran des Komitees erinnerte sich später, daß Trotzki und Losowski „darüber redeten, eine Revolution zu machen, als ob sie es ernst meinten“.

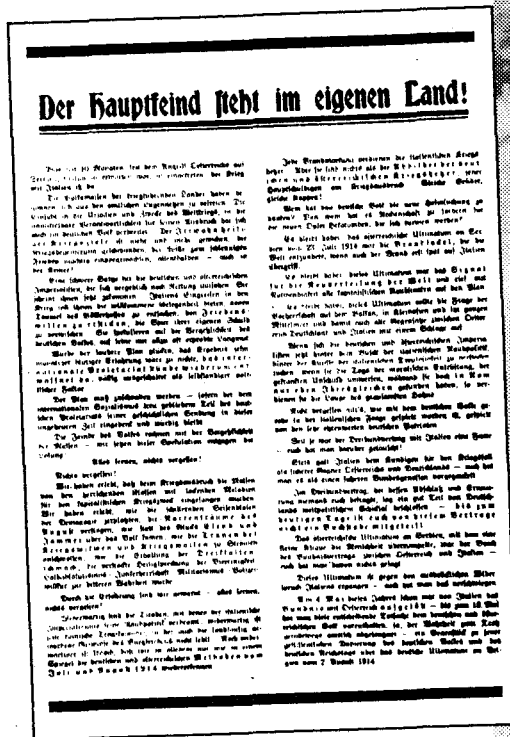
Natürlich blieben die Differenzen zwischen marxistischem Sozialismus, Syndikalismus und Anarchismus über die Frage, wie die Gesellschaft nach dem Sturz des kapitalistischen Systems organisiert werden sollte, weiterhin bestehen und waren nach wie vor bedeutsam. Aber es machte keinen Sinn, diese Frage mit Männern zu diskutieren, die in enger und direkter Kollaboration mit der Bourgeoisie ihre eigenen kapitalistischen Staaten aktiv unterstützten. Die grundlegende Trennungslinie zwischen Revolutionären und Reformisten, zwischen Internationalisten und Sozialchauvinisten löste die Vorkriegskategorien Sozialismus, Syndikalismus und Anarchismus ab.

Hinter dem Sozialpatriotismus

Die Gründung der Kommunistischen Internationale im Jahre 1919, unter dem maßgeblichen Einfluß der bolschewistischen Russischen Revolution, war der Höhepunkt der Neuformierung der Linken, der im August 1914 begonnen hatte. Besonders die Entwicklung der Zimmerwälder antimilitaristischen Bewegung war ein direkter Vorläufer der Komintern. Es sind aber keineswegs alle Antikriegslinken von 1914 der Kommunistischen Internationale beigetreten. Der russische Menschewik Julius Martow zum Beispiel, der sich selbst für einen „orthodoxen“ Marxisten hielt, der französische Syndikalist Alphonse Merrheim und der italienische Anarchist Errico Malatesta, sie alle sprachen sich gegen den Krieg aus und verurteilten den Chauvinismus und Militarismus ihrer früheren ideologischen Mitstreiter. Trotzdem stellten sich dann alle drei gegen die Kommunistische Internationale und versuchten statt dessen (wenn auch ohne Erfolg), jeweils die sozialdemokratische, die syndikalistische

und die anarchistische Bewegung, so wie sie vor 1914 existiert hatten, wiederzubeleben. Nach dem Krieg sollten sich Martow und Merrheim wieder mit den Hauptströmungen der Sozialdemokratie und des chauvinistischen Syndikalismus vereinen.

Warum hatten die bedeutendsten Organisationen der Arbeiterklasse, egal ob von vorgeblichen Marxisten (in Deutschland) oder von Syndikalisten (in Frankreich) geführt, ihre erklärten Prinzipien verraten und ihre eigenen kapitalistischen Staaten im europäischen imperialistischen Krieg unterstützt? Warum verteidigten nun Männer wie Kropotkin, die ihr ganzes Leben der Sache der sozialen Revolution gewidmet hatten und die wegen ihrer Überzeugungen Gefangenschaft und Exil durchgemacht hatten, nun genau die Regime, von denen sie und ihre Genossen verfolgt worden waren? Lag der Grund für den Zusammenbruch in Richtung Sozialchauvinismus in der Natur der sozialdemokratischen,



Dietsch Verlag

Flugblatt des heroischen Revolutionärs Karl Liebknecht vom Mai 1915

syndikalistischen und anarchistischen Bewegungen aus der Zeit vor 1914? Von der unterschiedlichen Beantwortung dieser Fragen sollte es großenteils abhängen, welche Antikriegs-Linken Kommunisten werden würden und welche nicht.

Wie alle wichtigen und komplexen historischen Entwicklungen hatte der Sozialpatriotismus, der die europäische Linke beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs verschlang, viele Ursachen, die sich auf verschiedenen Ebenen auswirkten. Auf einer Ebene repräsentierte der Sozialpatriotismus die Bürokratisierung der Arbeiterbewegung in West- und Mitteleuropa, die sich zunehmend in starken opportunistischen Tendenzen manifestiert hatte. Wie Lenin im März 1915 schrieb:

„Bestimmte Schichten der Arbeiterklasse (die Bürokratie in der Arbeiterbewegung und die Arbeiteraristokratie, für die ein kleiner Teil der Profite aus der Ausbeutung der Kolonien und aus der privilegierten Lage ihres ‚Vaterlands‘ auf dem Weltmarkt abfiel) sowie die kleinbürgerlichen Mitläufer innerhalb der sozialistischen Parteien waren die soziale Hauptstütze dieser Tendenzen und die Träger des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat.“ („Die Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR“, Werke Bd. 21)

Fortgesetzt auf Seite 16

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 15

Der Unterschied zwischen Reformismus und revolutionärer Führung ist nicht der Kampf für Reformen, sondern die Akzeptierung – „erst einmal“ – des Kapitalismus. Reformisten versuchen deshalb, mit ihrer „eigenen“ Bourgeoisie zusammenzuarbeiten, besonders mit dem vielbeschworenen „fortschrittlichen Flügel“ (eine Kategorie, die bereits 1914 wenig Bedeutung hatte, vor allem in den imperialistischen Ländern). Da die Bourgeoisie ihrer Natur nach im nationalen Rahmen existiert, ist die Idee von „nationalen Interessen“, die wir mit „unseren“ Bossen gemeinsam hätten, eine zentrale Grundlage für die ganzen reformistischen Bemühungen.

Die materiellen Wurzeln des Reformismus sind die sozialen Unterschiede innerhalb der Arbeiterklasse: die privilegierte Sichtweise der sogenannten „Arbeiteraristokratie“, die – unter Bedingungen, in denen die Arbeiterklasse nicht für revolutionäre Ziele vereint ist – ihre unmittelbaren Interessen im Gegensatz sieht zu denen der Minderheiten, der Jugendlichen, der ungelerten Arbeiter, ganz zu schweigen von den unterdrückten Massen in den Kolonien. Diese relativ besser gestellte Schicht der Ausgebeuteten ist die soziale Basis für die Bürokratie in der Arbeiterbewegung.

Die Führung der deutschen Gewerkschaften war schon lange die soziale Hauptbasis des rechten Flügels der SPD. Die Gewerkschaftsführer stellten sich durchweg und mit Erfolg gegen die Kampagne der SPD-Linken, geführt von Rosa Luxemburg, die Massenstreiks gegen das antidemokratische Wahlrecht in Preußen organisieren wollten. Einige SPD-Rechte, besonders Gustav Noske, waren so offen und lautstark in ihrer Verteidigung der Interessen des deutschen Imperialismus, daß sie dafür vom hochgeachteten Gründungsvater der Partei, August Bebel (der 1913 starb), zur Ordnung gerufen wurden.

Die Bürokratisierung der französischen syndikalistischen Bewegung war weniger entwickelt als die der deutschen Sozialdemokratie, und die Spaltung zwischen ihrem linken und rechten Flügel war nicht so klar und bestand noch nicht so lange. Die Gründungsväter der CGT wie Pelloutier und der ehemalige anarchistische Aktivist Emile Pouget waren aufrichtig der Emanzipation der Arbeiterklasse verpflichtet gewesen. Ihre „Kinder“ jedoch erbten eine etablierte Organisation, die mittlerweile eine wichtige und akzeptierte

Rolle im wirtschaftlichen und politischen Leben der französischen Dritten Republik spielte.

Die zweite Generation der CGT-Führer wurde von Léon Jouhaux personifiziert, der 1909 im Alter von 30 Jahren zum Generalsekretär der Organisation wurde. Zu dieser Zeit war die CGT-Führung eifrig damit beschäftigt, Lohnvereinbarungen mit Arbeitgeberverbänden auszuhandeln und Gesetzesvorhaben mit sozialistischen Parlamentariern zu diskutieren. Schon vor dem Krieg zeigte Jouhaux eine starke Neigung, die revolutionären Traditionen der Gewerkschaftsbewegung fallenzulassen oder zu verwässern, um ihren Einfluß auszuweiten. Die Jouhaux-Führung antwortete 1913 auf Vorwürfe einiger Anarchisten, sie ließe es an Militanz fehlen:

„Wir bekräftigen entschieden unser Recht, in Übereinstimmung mit der Gesamtheit der organisierten Arbeiter, die Form unserer Rekrutierung und Propaganda entsprechend den Entwicklungen zu verändern, die im Bereich der Industrie von unseren Gegnern eingeführt wurden. Unserer Auffassung nach wäre eine Bewegung, die es versäumte, die Umgestaltungen, die um sie herum stattfinden, zu berücksichtigen, und statt dessen in unveränderlicher Haltung erstarrte, eine Bewegung ohne Leben, ohne Einfluß, ohne Zukunft.“ (zitiert nach Val R. Lorwin, „The French Labor Movement“ [Die französische Arbeiterbewegung], 1966)

Man kann sowohl von Jouhaux als auch von Noske sagen, daß der Krieg einfach die perfekte Gelegenheit darstellte, ihre tiefstehenden opportunistischen Gelüste zu verwirklichen.

Während einige sozialdemokratische und syndikalistische Führer den Krieg unterstützten, um ihre Karriere zu fördern, taten es andere aus politischer und in einigen Fällen persönlicher Feigheit. Das heißt, sie kapitulierten vor der Welle der chauvinistischen Hysterie, von der die Massen im August 1914 erfaßt wurden. Nach dem Krieg versuchte Merrheim, der sich zu diesem Zeitpunkt nach rechts bewegte, eine Erklärung für den Zusammenbruch der CGT zu geben, indem er die Last der Verantwortung von der Führung auf die Mitgliedschaft abwälzte. Wenn die syndikalistischen Führer versucht hätten, sich der Kriegsmobilisierung entgegenzustellen, hätte, behauptete er, „die Arbeiterklasse ... es nicht der Polizei überlassen, uns zu erschießen; sie hätten uns selber erschossen“ (zitiert nach Robert Wohl, *French Communism in the Making, 1914–1924* [Entstehung des französischen Kommunismus], 1966).

Merrheim hat hier ganz bewußt zwei unterschiedliche Fragen durcheinandergebracht. Die eine ist, ob die syndikalistischen Führer sich gegen den Krieg hätten stellen sollen; die andere ist, wie sie aufgrund dieser Opposition hätten handeln sollen. Offensichtlich stand ein Versuch, den oft angedrohten Generalstreik gegen die Kriegsmobilisierung in Gang zu bringen, nicht zur Debatte. Selbst eine kleine Protestdemonstration wäre vielleicht unter den Bedingungen vom August 1914 abenteuerrisch gewesen. Die prinzipienfeste und wirkungsvolle Handlungsweise für Revolutionäre war es, Antikriegspropaganda und Agitation in den Fabriken und in der Armee unter den Bedingungen der Illegalität zu betreiben, selbst mit dem Risiko, dafür ins Gefängnis zu müssen.

Hier ist der Unterschied zwischen den französischen Syndikalisten und den russischen Bolschewiki überdeut-



Houghton Mifflin Company



Radio Times Hulton

Der berühmte Anarchist Peter Kropotkin (links) wurde von seinem langjährigen Kollegen Errico Malatesta (rechts) als „Regierungsanarchist“ gebrandmarkt, weil er im Ersten Weltkrieg die imperialistischen Mächte Britannien, Frankreich und Rußland unterstützte



Musée social

Französischer revolutionärer Syndikalist Alfred Rosmer betrieb Antikriegsagitation in der Zeitung der Metallarbeitergewerkschaft (weiße Stellen zeigen Regierungszensur)



lich. Auch in Rußland bewirkte der Ausbruch des Krieges bei den Massen, einschließlich der Industriearbeiterklasse, eine leidenschaftliche Unterstützung der Regierung. In seiner Geschichte der russischen Revolution (1932) erzählt Trotzki: „Der revolutionäre Gedanke glimmte nur noch in kleinen, stillgewordenen Kreisen. Sich ‚Bolschewik‘ zu nennen wagte zu jener Zeit in den Betrieben niemand, hieß das doch, sich der Verhaftung oder Verprügelung durch rückständige Arbeiter aussetzen.“

Trotzdem war die bolschewistische Partei ein entschiedener Gegner des Krieges, und dies war im ganzen Russischen Reich allgemein bekannt. Die bolschewistischen Deputierten in der Duma (dem impotenten parlamentarischen Gremium, eingerichtet von der zaristischen Selbstherrschaft) stimmten gegen die Kriegskredite und wurden daraufhin ins Exil nach Sibirien verbannt. In den Fabriken wurden die kleinen und zum Schweigen gezwungenen bolschewistischen Zirkel größer und redeten offener in dem Maße, wie die anfängliche patriotische Begeisterung in Kriegsmüdigkeit und Feindseligkeit gegenüber dem zaristischen Regime umschlug. Gerade die Tatsache, daß die Bolschewiki sich 1914 mutig dem Sozialpatriotismus der Massen entgegenstellten hatten, ermöglichte es ihnen drei Jahre später, die Masse der Arbeiter zur sozialistischen Revolution zu führen, die die Selbstherrschaft der Romanows und die bürgerliche liberale Regierung von Alexander Kerenski durch eine Regierung der Arbeiter- und Bauernräte (Sowjets) ersetzte.

Sozialpatriotismus kann nicht vollständig oder angemessen durch die karrieristischen Ambitionen und/oder die politische Feigheit verschiedener führender Köpfe in der Arbeiterbewegung erklärt werden. Die große Mehrheit der Arbeiteraktivisten in West- und Mitteleuropa – die Führer örtlicher Gewerkschaften, betriebliche Vertrauensleute, Funktionäre sozialistischer Parteiverbände – unterstützten in hohem

Maße den Krieg und betrachteten sich trotzdem noch als gute Sozialisten oder gute Syndikalisten. Deutsche Sozialdemokraten sahen sich als Verteidiger ihrer Organisationen – und damit der Zukunft des Sozialismus in Deutschland – gegen den zaristischen russischen Imperialismus. Französische Sozialisten und Syndikalisten glaubten, daß sie die zukünftige soziale Revolution in Frankreich gegen das imperialistische Deutschland Kaiser Wilhelms verteidigten. Der eigentliche ideologische Grund für den Sozialpatriotismus im Ersten Weltkrieg war die im wesentlichen nationale Konzeption von der sozialen Revolution, die in allen Haupttendenzen der europäischen Arbeiterbewegung weit verbreitet war.

Als Trotzki gegen Stalins Doktrin des „Sozialismus in einem Land“ polemisierte, wie sie in den 20er Jahren auf Sowjetrußland angewandt wurde, wies er darauf hin, daß die deutsche Sozialdemokratie vor 1914 auch an den Sozialismus in einem Land geglaubt hatte:

„Der Patriotismus der deutschen Sozialdemokraten begann als ein ganz legitimer Patriotismus gegenüber der eigenen Partei, der mächtigsten Partei der Zweiten Internationale. Die deutsche Sozialdemokratie beabsichtigte, auf der Grundlage der hochentwickelten deutschen Technik und der überragenden organisatorischen Fähigkeiten des deutschen Volkes ihre ‚eigene‘ sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Wenn wir die abgebrühten Bürokraten, Karrieristen, parlamentarischen Gauner und politischen Hochstapler allgemein beiseite lassen, so rührte der Sozialpatriotismus des einfachen Sozialdemokraten aus eben dieser Hoffnung auf den Aufbau des deutschen Sozialismus. Man kann doch nicht glauben, daß Hunderttausende einfacher sozialdemokratischer Mitglieder, gar nicht zu sprechen von den Millionen einfacher Arbeiter, die Hohenzollern oder die Bourgeoisie zu verteidigen suchten. Nein, sie wollten die deutsche Industrie, die deutschen Eisenbahnen und Strassen, die deutsche Technik und Kultur und vor allem die Organisationen der

Fortgesetzt auf Seite 18



kein Bildnachweis

1917: Russische und österreichische Soldaten verbrüdern sich an der Front. Zunehmende Kriegsmüdigkeit führte zur Radikalisierung der europäischen Massen

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 17

deutschen Arbeiterklasse verteidigen, als ‚die notwendigen und ausreichenden‘ nationalen Voraussetzungen für den Sozialismus.“ („Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale“, enthalten in *Die Dritte Internationale nach Lenin, 1928*)

Genau das gleiche könnte über den französischen Nationalismus und die französischen Syndikalisten gesagt werden. In Wirklichkeit traten die Syndikalisten sogar noch offener für eine auf den nationalen Rahmen begrenzte Arbeiterrevolution ein. Die CGT-Charta von Amiens aus dem Jahre 1906 erklärte, daß „die Gewerkschaften, die heute Kampforganisationen sind, in Zukunft Organe der Produktion und der Verteilung, d. h. die Grundlage der sozialen Umgestaltung sein werden“. Weder in dieser Grundsatzzer-



Revolutionäre Marxistin Rosa Luxemburg, hier als Rednerin 1907, verurteilte schon vor dem Krieg den wachsenden Konservatismus der SPD-Führer

klärung noch in irgendeinem anderen programmatischen Dokument hatten die französischen Syndikalisten die Konzeption, daß eine solche soziale Umgestaltung auf europaweiter und letztlich weltweiter Basis stattfinden würde oder müsse. Sie überlegten auch nicht, wie lange eine soziale Revolution in Frankreich überleben könnte, wenn der Rest Europas, vor allem Deutschland, kapitalistisch bliebe.

Die Betonung von Dezentralisierung und lokaler Autonomie, die für die anarchistische und syndikalistische Doktrin von zentraler Bedeutung war, machte diese Bewegungen empfänglich für nationale Organisationsformen. Die Sozialistische Internationale, gegründet 1889, war eine Föderation nationaler Parteien. Ein Versuch im Jahre 1907, eine rivalisierende anarchistische Internationale zu bilden, war eine Totgeburt. Die syndikalistische Bewegung – die in dieser Periode Zehntausende von Aktivisten in verschiedenen Ländern umfaßte – hatte überhaupt kein internationales Gremium.

Was in der syndikalistischen Bewegung unter „proletarischem Internationalismus“ verstanden wurde, war gegenseitige Unterstützung von Arbeiterorganisationen, die im wesentlichen einen nationalen Charakter hatten. Die Führer der französischen CGT waren jederzeit bereit, italienische oder amerikanische syndikalistische Aktivisten, die von

ihrem eigenen bürgerlichen Staat verfolgt wurden, durch finanzielle Unterstützung oder durch öffentliche Kampagnen zu verteidigen. Aber es wäre für französische Syndikalisten undenkbar gewesen, daß die Führer der Unione Sindacale Italiana oder der amerikanischen IWW eine entscheidende Stimme bei der Festlegung des Programms und der Politik der französischen Arbeiterbewegung haben sollten. Und natürlich war es umgekehrt genauso.

Der *Widerspruch* im französischen Syndikalismus zwischen seinem Antimilitarismus und seiner Feindseligkeit gegenüber dem Imperialismus einerseits und seinem national begrenzten Konzept der sozialen Revolution andererseits explodierte durch den Ersten Weltkrieg. Einige führende Syndikalisten wie Monatte und Rosmer bewegten sich vorwärts zum kommunistischen Internationalismus; andere wie Jouhaux und schließlich Merrheim bewegten sich rückwärts zum Gewerkschaftsreformismus.

Kropotkin und der Anarchochauvinismus

Der materielle Druck, der dem Sozialpatriotismus in den proletarischen Massenorganisationen zugrunde lag, traf auf die anarchistische Bewegung nicht zu, die ja aus relativ kleinen Gruppen von Anhängern dieser Philosophie bestand. Kropotkin, Jean Grave, Max Nettlau und die anderen Anarchisten, die für den Krieg eintraten, taten dies nicht aus bürokratischem Karrieredenken, und sie waren auch nicht mit vorherrschenden chauvinistischen Vorurteilen bei ihrer Unterstützerbasis konfrontiert. Ganz im Gegenteil. Die große Mehrheit der Anarchisten war entsetzt über die Kriegslust von Kropotkin und seinen ideologischen Mitstreitern.

Sie waren auch sehr ratlos darüber. Errico Malatesta warf seinem alten Genossen eine Art politischen Gedächtnisverlust vor: „Kropotkin scheint den Antagonismus der Klassen, die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Emanzipation und alle anarchistischen Leh-

ren vergessen zu haben“ (zitiert in *The Anarchist Prince*). Eine Gruppe von russischen Anarchisten in der Schweiz fand, daß die Unterstützung prominenter Anarchisten für die westlichen imperialistischen Staaten und ihre zaristischen Alliierten ihnen „völlig unverständlich“ sei. Viele nicht anarchistische Linke äußerten sich ähnlich, darunter Lenin, der Kropotkins Idealismus respektiert hatte. Als Kropotkin 1921 starb, nachdem er aus England nach Rußland zurückgekehrt war, bemerkte Lenin gegenüber Alfred Rosmer: „Schade, daß er am Ende seines Lebens in einem unbegreiflichen Chauvinismus untergegangen ist“ (Alfred Rosmer, *Moskau zu Lenins Zeiten*, 1989).

Woher also kam das Phänomen des Anarchochauvinismus? Wir wiesen bereits darauf hin, daß sich die anarchistische Bewegung, die von Michail Bakunin eine Generation zuvor ins Leben gerufen worden war, bis zum Ende der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts in zwei Hauptströmungen aufgespalten hatte. Die Propagandisten, deren bester Vertreter Kropotkin war, widmeten sich der Darlegung der Prinzipien des Anarchismus in Büchern und Broschüren, öffentlichen Reden und Schulungen. Die Syndikalisten konzentrierten ihre Bemühungen auf die Organisation und den Aufbau von Gewerkschaften.

Als erst einmal klar war, daß Anarchisten wie Kropotkin, Elisée Reclus und sein Sohn Paul, Jean Grave und Max Nettlau weder für individuellen Terrorismus eintraten noch ihn persönlich ausübten, gewannen sie in bürgerlichen intellektuellen Kreisen eine gewisse Akzeptanz. Die anarchistischen Propagandisten wurden so Teil der Welt der Universitäten, akademischen Zeitschriften und wissenschaftlichen Gesellschaften. Ihr alltägliches Leben unterschied sich nicht von dem bürgerlicher Intellektueller, mit denen sie andauernd in Kontakt waren und „zivilisierte“ Debatten über soziale und politische Theorien führten.

Kropotkins Haus im Londoner Vorort Bromley wurde ein Salon für „fortschrittliche“ Vertreter der europäischen Intelligenz wie den anglo-irischen Dramatiker George Bernard Shaw und den dänischen Literaturkritiker Georg Brandes. Der Kropotkin, der regelmäßig an Sitzungen der stinkvornehmen Königlichen Geographischen Gesellschaft teilnahm, war ein ganz anderer als der junge radikale Agitator, der unter Handwerkern und Fabrikarbeitern in der Schweiz und Frankreich gearbeitet und erklärt hatte: „Alles, was außerhalb der Legalität liegt, ist gut für uns.“

Die Anarchisten hielten an dem Dogma fest, daß jeder linke Aktivist, der ein Parlamentsabgeordneter oder bezahlter Gewerkschaftsfunktionär wird, unvermeidlich seine Prinzipien aufgeben und sich an die bürgerliche Ordnung anpassen würde. Aber führende anarchistische Intellektuelle waren auf ihre eigene Art und Weise korrumpiert und in die bürgerliche Gesellschaft kooptiert worden. Sie hatten den sozialen Kampf auf der Straße, in den Fabriken und in den Dörfern durch akademische Debatten ersetzt. Wie sozialdemokratische Parlamentarier und syndikalistische Gewerkschaftsfunktionäre gewöhnten sich Kropotkin und andere prominente anarchistische Propagandisten an die „liberale“ bürgerliche Ordnung in West- und Mitteleuropa in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Deshalb verteidigten sie ihre „eigenen“ kapitalistischen Staaten, die sie mittlerweile, wenn auch nicht völlig bewußt, als Beschützer ihrer politischen Freiheiten und ihrer intellektuellen Respektabilität akzeptiert hatten.

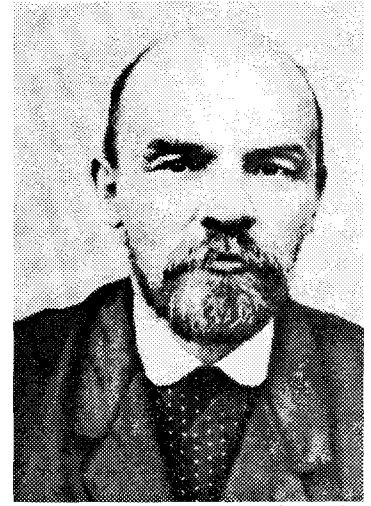
Eine bemerkenswerte Ausnahme war Errico Malatesta, der weiterhin mit der Arbeiterbewegung in seinem Heimatland Italien verbunden blieb, wo er und seine Genossen oftmals unter Bedingungen der Illegalität operierten. Malatesta wurde einmal wegen Mitgliedschaft in einer „aufrührerischen Vereinigung“ verurteilt und auf der Insel Lampedusa inhaftiert, er konnte jedoch entfliehen und schaffte es, nach London zurückzukehren. Dieser altgediente Bakunist – der letzte der ungebundenen revolutionären Abenteurer aus dem Europa Mitte des 19. Jahrhunderts – kritisierte zunehmend die literarische und friedfertige Richtung, die von der anarchistischen Bewegung eingeschlagen wurde. Er schrieb 1906:

„Es sieht mir heute so aus, daß die Anarchisten in die genteiligen Fehler zu gewalttätigen Exzessen verfallen sind. Wir müssen jetzt eher auf eine gewisse Tendenz reagieren, die Kompromisse schließen und ein ruhiges Leben führen will, wie es in unserem Zirkel auftritt. Es ist jetzt eher notwendig, die schmachtmachende revolutionäre Leidenschaft wiederzubeleben, den Geist der Opfer, die Liebe zum Risiko.“ (zitiert in James Joll, *The Anarchists*, 1964)

Aber eine Wiederbelebung von revolutionärer Begeisterung und vom Geist der Selbstaufopferung gab es nicht mehr in der anarchistischen Bewegung, die ein Jahrzehnt später unter der Wucht des Ersten Weltkriegs zersplitterte. Statt dessen fand die Wiederbelebung revolutionärer Be-



Penguin



Dietz Verlag

Trotzki und Lenin wurden während des Ersten Weltkriegs Führer des linken Flügels der internationalen Arbeiterbewegung

geisterung ihren Ausdruck in der neugegründeten Kommunistischen Internationale. Die von den Bolschewiki geführte proletarische Eroberung der Staatsmacht im Oktober 1917 in Rußland hatte eine elektrisierende Wirkung auf fortgeschrittene Arbeiter und radikale Linke – nicht nur in Europa und Amerika, sondern auch in der kolonialen Welt, wo sich militante Arbeiter, antikolonialistische Kämpfer, emanzipierte Frauen und linke Intellektuelle in Scharen dem Banner des Kommunismus anschlossen.

Die Gründung der Kommunistischen Internationale 1919 polarisierte nicht nur die sozialistischen Parteien, deren beste Elemente danach strebten, Kommunisten zu werden (während die übelsten eine Karriere des Antikommunismus machen sollten, bis hin zur physischen Liquidierung von Revolutionären). Sie hatte ähnlich grundlegende Auswirkungen auf die Anarchisten und Syndikalisten: Die revolutionären Elemente schlossen sich entweder der Seite der Oktoberrevolution an (z. B. Victor Serge, Alfred Rosmer und der amerikanische IWW-Führer James P. Cannon, der spätere Gründer des amerikanischen Trotzkiismus) oder fanden sich abrupt als unbedeutende Fußnote der Geschichte wieder, ein Schicksal, das solche ehemals vielversprechenden Organisationen wie die IWW oder die aus Schottland stammende Socialist Labour Party traf.

[WIRD FORTGESETZT]



Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Women and Revolution

Luftpost DM 50,-
Seepost DM 20,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Südostasien...

Fortsetzung von Seite 24

„Drachen“ von Asien getauft wurde. Der Baht begann einen Tag, nachdem Hongkong wieder unter chinesische Kontrolle kam, zu fallen, auch wenn das bürokratische Regime in Beijing gelobte, die kapitalistische Wirtschaft der ehemaligen britischen Kolonie beizubehalten. Hongkong, das von der immer mächtiger werdenden chinesischen Bourgeoisie dominiert wird – die 1949 durch die Revolution vom Festland verjagt worden war –, ist das Einfallstor für die kapitalistische Restauration im deformierten Arbeiterstaat China. Während die korrupte stalinistische Bürokratie kapitalistische „Marktformen“ beschleunigt vorantreibt, unterbieten Privatfirmen auf dem Festland mit ihrem niedrigen Lohnniveau in erheblichem Maße die Exporte aus Thailand, Indonesien und anderen Ländern. Die Gefahr der aufziehenden Konterrevolution wurde dadurch unterstrichen, daß der chinesische Präsident Jiang Zemin, der kurz vor seinem USA-Besuch den Plan zur Privatisierung des größten Teils der Staatsindustrie ankündigte, von führenden Politikern und Geschäftsleuten der USA überschwänglich begrüßt wurde.

Die dringende Notwendigkeit einer proletarischen politischen Revolution, die die nationalistische Bürokratie von Beijing stürzt und die tödliche Gefahr einer kapitalistischen Restauration stoppt, stellt sich heute knallhart. Das Schicksal von China – wie das der deformierten Arbeiterstaaten Vietnam und Nordkorea – ist untrennbar verbunden mit der gesamten Region. Genauso wie die industrielle Revolution, die Ende des 18. Jahrhunderts begann, eine Industriearbeiterklasse hervorbrachte, die Karl Marx den Totengräber des kapitalistischen Systems nannte, hat auch die wirtschaftliche Entwicklung in Südostasien ein dynamisches junges Proletariat geschaffen, von Thailand über Indonesien bis zu den Philippinen. Der Weg zur Befreiung dieser Arbeiter, und mit ihnen der Bauern und unterdrückten ethnischen/nationalen Minderheiten, ist der Kampf für die sozialistische Föderation Südasiens, verbunden mit dem Kampf für die proletarische Revolution in Japan, den USA und anderen imperialistischen Mächten.

Rivalität USA–Japan verschärft sich

Zum großen Teil resultierte der industrielle Aufschwung in Südostasien daraus, daß japanische Konzerne die Produktion von Elektrogeräten, Autos und anderen Waren massiv in die Region verlagerten. Dieser Prozeß wurde nach dem Plaza-Abkommen von 1985 beschleunigt, das die USA durchdrückten, um ihr Handelsbilanzdefizit gegenüber Japan zu reduzieren. Mit dem Abkommen wurde der Kurs des Yen gegenüber dem US-Dollar verdoppelt, was die japanischen Exporte verteuerte. Das zwang die japanische Bourgeoisie dazu, sowohl die Angriffe auf die Arbeiterklasse im eigenen Land zu steigern als auch die Produktionskapazitäten auf Niedriglohnländer enorm auszuweiten. Japanisches Kapital stellt inzwischen über ein Drittel aller ausländischen Investitionen in Thailand, Malaysia, Indonesien und in den Philippinen.

Zwar trug die wilde Spekulation als Auslöser zur gegenwärtigen Abwertung der Währungen bei, doch es waren tiefergehende Faktoren am Werk. Während die Wirtschaft der Region enge Bindungen an Japan hat, sind die Währungen – darunter bis Juli auch der Baht – an den US-Dollar gekoppelt. Bis vor kurzem konnte Tokio einen im Vergleich zum Dollar harten Yen beibehalten. Aber als der Yen gegenüber dem Dollar jäh im Kurs fiel, wurden die Exporte aus Thailand, Indonesien und Malaysia nach Japan viel teurer. Mit der stark ansteigenden Ausfuhr von Fertigwaren aus China gingen die bis dahin astronomischen Wachstumsraten in den

„Tigerstaaten“ zurück und erreichten in diesem Jahr nur noch Schnecken tempo.

Südostasien ist heute Hauptschauplatz der wiederauflebenden Rivalitäten zwischen den imperialistischen Ländern: nicht nur zwischen den USA und Japan, sondern auch Deutschland, das schnell Kapital nach Asien pumpt. Während der Lobby-Tour von Kohl & Co. letztes Jahr durch Asien erklärte Delegationsteilnehmer und Siemens-Chef von Pierer: „Die Welt wird jetzt verteilt. Wer jetzt nicht aktiv wird, kommt zu spät“ (*Frankfurter Rundschau*, 2. November 1996). Siemens ist schon dabei: der Asienhandel macht 15 Prozent des Gesamtumsatzes aus. Laut Schätzung der französischen Investment Bank Paribas beläuft sich das jetzige Kreditvolumen der deutschen Banken in Asien auf 150 Milliarden Mark. Für Frankfurt faßt der Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Hans-Olaf Henkel die Lage gegenüber der *Zeit* (28. November 1997) zusammen: „Der chinesische Ministerpräsident Li Peng hat mir kürzlich deutlich gemacht, daß sein Land durchaus nach einer Alternative zu den Ansprüchen der Amerikaner, aber auch der Japaner sucht. Das ist eine Chance für uns... Wir brauchen die asiatischen Märkte und müssen uns gleichzeitig im weltweiten Wettbewerb gegen die Asiaten behaupten.“ Deutsches Kapital ist in Asien spät dran. Aber seit dem kapitalistischen Anschluß strebt es nach einer Weltmachtrolle, die auf dem bereits aufgeteilten Ostasien-Markt einen scharfen Konkurrenzkampf gegen die USA und Japan bedeutet.

Solange die UdSSR existierte, hatten die imperialistischen Mächte bis zu einem gewissen Grade ihre konkurrierenden Wirtschaftsinteressen dem antisowjetischen, von den USA geführten, Bündnis untergeordnet. Diese Einschränkungen sind mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion entfallen. Als daher die USA ein Arrangement trafen, damit der Internationale Währungsfonds (IWF) 1995 US-Banken in Mexiko mit einer Geldspritze von 30 Milliarden Dollar aus der Patsche half, wurde das von Deutschland und Japan offen angegriffen. Seinerzeit weigerte sich Washington, bei der IWF-Geldspritze von 17 Milliarden Dollar für Thailand mitzumachen, die vor kurzem von Japan durchgedrückt wurde – auch wenn die USA darauf bestanden, die Liste von Austeritätsmaßnahmen mit aufzustellen, die der thailändischen Bevölkerung als Teil des „Hilfs“paketes aufgezwungen wurden. Doch als der IWF Ende Oktober ein weiteres „Notfallpaket“ für Indonesien zusammenschnürte, waren die USA mit drei Milliarden Dollar dabei.

Der explosive Charakter der Wirtschafts rivalität zwischen den USA und Japan wurde kürzlich noch einmal deutlich, als die USA mit einem Embargo gegen japanische Handelschiffe drohten. Japans gegenwärtige Kampagne, einen „Asienfonds“ außerhalb der Kontrolle des von den USA dominierten IWF zu errichten, führte zunächst zu Protestschrei aus Washington. Die Gespräche von APEC (Asiatisch-Pazifisches Wirtschaftsforum) im November bringen zweifellos noch mehr Hickhack unter den Imperialisten sowie zwischen ihnen und ihren Klienten in Südostasien.

Auch wenn der US-Imperialismus seine einstige wirtschaftliche Vormachtstellung verloren hat, setzt er weiterhin seine übermächtige militärische Stärke dazu ein, die Völker der halbkolonialen Länder zu unterjochen und eine Überlegenheit gegenüber seinen imperialistischen Rivalen aufrechtzuerhalten. Auch der japanische Imperialismus hat Schritte unternommen, um sich militärisch zu behaupten. Nachdem die japanische Regierung das Verfassungsverbot von Militäreinsätzen im Ausland aufgehoben hatte, beteiligte sie sich an einer UN-„Friedens“mission in Kambodscha 1992/93. Als in diesem Sommer die Währungskrise ausbrach, schickte Ministerpräsident Hashimoto drei Kampfflugzeuge nach Thailand, angeblich um Zivilisten

aus Kambodscha während der Kämpfe zwischen der Regierung von Hun Sen und dessen monarchistischen Rivalen zu „evakuieren“.

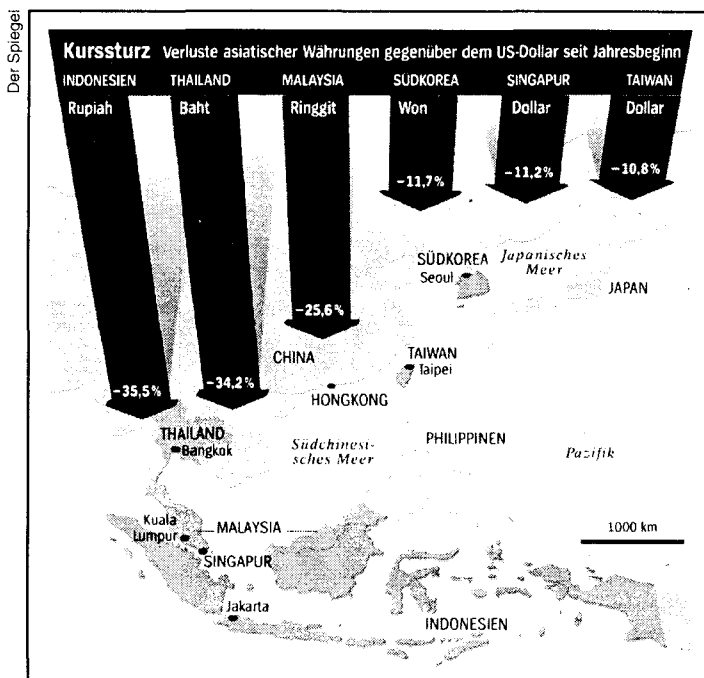
In Südkorea sind über 35 000 amerikanische Soldaten stationiert und bilden eine Frontlinie für die Interessen des US-Imperialismus in Ost- und Südostasien. Der Zusammenbruch der UdSSR hat den imperialistischen Druck auf die verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten enorm verstärkt. In Vietnam besteht die Gefahr, daß die Hanoi-Bürokratie mit der Einführung von kapitalistischen „Markt-reformen“ den heroischen Sieg von 1975 über die USA und ihr südvietnamesisches Marionettenregime zunichte macht. Heute steckt Nordkorea inmitten einer Hungersnot und sieht unter der grotesken Karikatur auf den Sozialismus dahin, die von seinen bürokratischen Herrschern praktiziert wird. Trotzlisten rufen zur bedingungslosen militärischen Verteidigung dieser deformierten Arbeiterstaaten gegen Imperialismus und innere Konterrevolution auf und kämpfen gleichzeitig für eine proletarische politische Revolution zum Sturz der nationalistischen stalinistischen Bürokratie. Wir kämpfen für die revolutionäre Wiedervereinigung Koreas und wollen das machtvolle und kämpferische Proletariat Südkoreas mobilisieren, um die bürgerliche Klassenherrschaft wegzufegen und die imperialistische Ausplünderung zu zerschlagen.

Der wachsende Wettbewerb zwischen den USA und Japan im Pazifik, und ähnliche Entwicklungen in anderen Regionen, bestätigen das marxistische Verständnis über den Imperialismus, wie es der Führer der Bolschewiki W.I. Lenin in seinem 1916, mitten im Ersten Weltkrieg geschriebenen Buch *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* darstellte. Lenin polemisierte gegen den deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky und dessen Theorie vom „Ultraimperialismus“, wonach Konflikte zwischen den kapitalistischen Mächten friedlich beigelegt werden könnten. Lenin dagegen betonte, daß die rücksichtslose Konkurrenz um Märkte, Rohstoffquellen und Investitionen nur zu mehr und blutigeren Weltkriegen führen werde, außer wenn die imperialistischen Bourgeoisien durch Arbeiterrevolutionen gestürzt werden. Heute ist Kautskys revisionistische Vorstellung von vielen Linken wieder in Umlauf gebracht worden, die gemeinsam mit verschiedenen bürgerlichen Ideologen den Anbruch einer von „transnationalen“ Konzernen beherrschten „Globalisierung“ der Wirtschaft verkünden. So hat die Socialist Equality Party von David North (in Deutschland Partei für Soziale Gleichheit) unter besonderem Hinweis auf die rasche Industrialisierung Südostasiens behauptet, daß die „Globalisierung“ eine „qualitative Transformation“ des kapitalistischen Systems darstelle.

In unseren Argumenten gegen sozialdemokratische Reformisten und gewerkschaftsfeindliche „Sozialisten“ wie die North-Leute hoben wir hervor: „Das Anwachsen von international konkurrenzfähigen Herstellern in Ostasien und Lateinamerika ist umkehrbar und kann nicht annähernd mit der Wachstumsrate fortgesetzt werden, die es in den letzten paar Jahrzehnten gab. Das ist eine politische, wirtschaftliche und sogar mathematische Gewißheit“ („The ‚Global Economy‘ and Labor Reformism“ [Die „globale Wirtschaft“ und der Reformismus], Teil 2, *Workers Vanguard*, 7. Februar 1997). Da dies inzwischen durch die Finanzkrise, die ganz Südostasien durcheinanderwirbelt, für alle sichtbar geworden ist, sprechen die North-Leute von „der Erschütterung des ‚asiatischen Wunders‘ und dem Zusammenbruch des damit einhergehenden Mythos, daß dieses irgendeinen neuen und gangbaren Weg der kapitalistischen Entwicklung darstelle“ (*Workers News*, 3. Oktober 1997). Diese zynische „Entdeckung“ bestätigt nur unsere Charakterisierung des North-Vereins als „politische Banditen“, die ungeniert ihre Linie an-

dern, wenn das nur ihren unmittelbaren Zwecken dient.

Von größerer Bedeutung ist, daß die prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokratien das Gespenst der „Globalisierung“ und die Produktionsverlagerung in „Dritte-Welt“-Länder benutzen, um die Arbeiter zur Unterstützung ihrer „eigenen“ imperialistischen Ausbeuter zu mobilisieren. Die Irreführer vom amerikanischen Gewerkschaftsverband AFL-CIO agitieren für antimexikanischen Protektionismus und geben den Arbeitern in anderen Ländern die Schuld für Lohnsenkungen in den USA. In Japan, wo der Lebensstandard der Arbeiter und die Arbeitsplätze als Ergebnis der Umstrukturierung und des „downsizing“ der Konzerne immer mehr angegriffen werden, hat sich die Gewerkschaftsspitze ebenfalls für chauvinistische Klassenzusammenarbeit stark gemacht. Die Dockarbeitergewerkschaft Zenkowan brachte im März ein Flugblatt heraus, wo sie die Hafentarbeiter Südostasiens dafür verurteilte, daß sie „Arbeitsplätze



wegnehmen“; gleichzeitig hat der von der KP geführte Gewerkschaftsverband Zenroren gegen „schmutzigen“ Importpreis aus Thailand demonstriert. Die Gewerkschaftsbürokraten weigern sich, Arbeiter der koreanischen und chinesischen Minderheit zu organisieren, die in Japan seit Generationen schufteten, und grenzen die vor kurzem aus Asien und Afrika eingewanderten Arbeiter von den Gewerkschaften japanischer Arbeiter aus und organisieren sie getrennt.

Der politische Kampf gegen die chauvinistischen Irreführer der Arbeiterklasse ist entscheidend für die Schmiebung revolutionärer Avantgardeparteien des Proletariats von den USA bis Japan. Wie die Spartacist-Gruppe Japans, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, in einem kürzlich erschienenen Artikel (*Japanischer Spartacist*, Mai 1997) schrieb:

„Wir kämpfen für aktive Solidarität mit den Kämpfen der militanten Arbeiter in Südkorea, Indonesien, den Philippinen und ganz Asien. Im Geiste des Internationalismus kämpfen wir für volle und gleiche Staatsbürgerrechte und Gewerkschaftsrechte aller eingewanderten arbeitenden Menschen in Japan und gegen jede Form rassistischer Diskriminierung gegenüber einer Million Menschen koreanischer und chinesischer Herkunft, die hier als Bürger zweiter Klasse leben. Die ausgebeuteten und unterdrückten ‚ausländischen‘ Arbeiter in Japan bilden eine Brücke zu den Werktätigen in ganz Asien, deren

Fortgesetzt auf Seite 22

Südostasien...

Fortsetzung von Seite 21

Befreiung einen gewaltigen Auftrieb durch die sozialistische Revolution im industriellen Machtzentrum Japan erhalten würde.“

Pulverfaß Asien

Die Krise in Südostasien hat eine explosive Wirkung auf das Proletariat in diesen Ländern. In Thailand, wo die Abwertung der Währung auf eine Reallohnkürzung von 40 Prozent hinausläuft und allein bis Ende dieses Jahres mehr als 100000 Entlassungen anstehen, demonstrierten Tausende Arbeiter am 14. September in Bangkok unter der Losung: „Die Armen zahlen die Schulden ab, während die üblen Kapitalisten das Land ausverkaufen.“ An den anschließenden Protesten beteiligten sich Bauern vom Lande und breite Schichten der Mittelklasse. Die Regierung machte einen Rückzieher bei der Durchführung einiger Maßnahmen, die von den IWF-Geiern verlangt wurden, zum Beispiel eine neue Mineralölsteuer für Verbraucher; dies erinnerte an die Proteste, die 1992 zum Sturz des Militärregimes führten. Schließlich trat Ministerpräsident Chavalit, ein ehemaliger Armeegeneral, zurück: Er hatte mit dem Ausnahmezustand gedroht, aber führende Militärs weigerten sich, ihn durchzusetzen.



Australasian Spartacist

Spartacist League/Australien fordert Freilassung der gefangenen indonesischen Arbeiterführer

Auf den Philippinen, wo sich die Mitgliederzahl der Gewerkschaften seit 1985 fast verdoppelt hat, gab es in den letzten Wochen eine Serie von Streiks, darunter eine Arbeitsniederlegung von 5000 Postlern. Gleichzeitig demonstrierten in Manila Tausende Studenten, Lehrer, Verwaltungsangestellte und andere gemeinsam für höhere Löhne und gegen Preiserhöhungen bei Öl und Grundnahrungsmitteln. In Indonesien traten am 13. Oktober in Bandung Tausende Arbeiter des staatlichen Flugzeugherstellers IPTN in den Streik, um Ausgleichszahlungen für den Kursverfall der Rupie zu fordern und gegen die Korruption zu protestieren – eine heikle Frage in einem Land, wo Suhartos Familie und seine Spießgesellen zu märchenhaftem Reichtum durch staatlich geförderte Geschäfte kamen.

Im Oktober ernannte Suharto einen gewissen Widjojo Nitisastro zu seinem speziellen „Krisenmanager“, der die Diktate des IWF durchsetzen soll. Das ist derselbe Mann, der 1966 für Suharto die Wirtschaft „umstrukturieren“ sollte – genau ein Jahr nach dem antikommunistischen Blutbad, das mindestens eine halbe Million Leben kostete. So-

wohl die Militärdiktatur in Indonesien als auch das islamische Regime von Mahathir Mohamad in Malaysia, die „konstitutionelle Monarchie“ in Thailand und die Philippinen mit ihrer „demokratischen“ Aufmachung zeigen: Die von den Imperialisten gestützten Bourgeoisien sind mehr als bereit, zu blutiger Repression zu greifen, um das System blutiger Unterdrückung aufrechtzuerhalten.

Die Entstehung des Proletariats in Südostasien hat Ähnlichkeit mit der Entwicklung der Arbeiterklasse unter der zaristischen Selbstherrschaft in Rußland um die Jahrhundertwende. Angesichts der „kombinierten und ungleichmäßigen Entwicklung“ in Rußland, wo eine moderne Industrie neben einer rückständigen Landwirtschaft existierte, entwickelte Leo Trotzki die Perspektive der permanenten Revolution für Länder mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung: Dort waren die Bourgeoisien unfähig, die Aufgaben zu erfüllen, die mit den bürgerlichen Revolutionen in Westeuropa verbunden waren. Nur durch die Machtergreifung des Proletariats, das von der Bauernschaft unterstützt wird, können die Agrarrevolution, die politische Demokratie und die Befreiung vom Joch des Imperialismus erreicht werden. Diese Perspektive bestätigte sich mit der Oktoberrevolution von 1917, als das zahlenmäßig kleine, aber machtvolle Proletariat unter der Führung der bolschewistischen Partei die imperialistische Kette an ihrem schwächsten Glied durchbrach.

Die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki verstanden, daß eine wirklich sozialistische Entwicklung nur durch die internationale Ausweitung der proletarischen Herrschaft, insbesondere auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder, erreicht werden konnte. Das Dogma des „Sozialismus in einem Land“, das von Stalin und seinen Nachfahren durchgepeitscht wurde, sabotierte den Kampf für die sozialistische Revolution in anderen Ländern und unterminierte den sowjetischen Arbeiterstaat in verheerender Weise; 1991/92 führte das letztlich zu seiner konterrevolutionären Zerstörung. Trotzki warnte 1936 in seinem Buch *Verratene Revolution*:

„Die von Lenin formulierte Frage ‚Wer wen?‘ ist die Frage nach dem Kräfteverhältnis zwischen der UdSSR und dem revolutionären Weltproletariat einerseits, den inneren feindlichen Kräften und dem Weltkapital andererseits... Eine militärische Intervention ist gefährlich. Eine Intervention billiger Waren im Gefolge der kapitalistischen Armeen wäre weitaus gefährlicher.“

Genau durch diese Gefahr wird heute die kapitalistische Restauration in China genährt. Die chinesischen stalinistischen Herrscher verbreiten die Lüge, nur durch eine Integration in den *kapitalistischen* Weltmarkt könne das Land Modernisierung und sozialen Fortschritt erreichen. Eine trotzkistische Partei in China würde den Kampf für eine politische Revolution, die den Drang zur Konterrevolution stoppen kann, mit dem Kampf für eine sozialistische Revolution in der gesamten Region verbinden.

Überall in Südostasien fördern die despotischen kapitalistischen Herrscher religiösen Obskurantismus und rassistische Fremdenfeindlichkeit, manchmal auch unter dem Deckmantel des „Antiimperialismus“, um den Volkszorn über die jetzige Krise abzulenken. Typisch dafür sind die kürzlichen antisemitischen Schmähreden von Malaysias Mahathir, der den westlichen „Spekulanten“ George Soros zum Schuldigen für die Finanzkrise stempelt. Gleichzeitig verfolgt das malaysische islamische Regime die Hindus und andere Minderheiten. Die Existenz einer machtvollen chinesischen Bourgeoisie in ganz Südostasien hat immer wieder rassistischen Demagogen dazu gedient, die Lunte anzuzünden: besonders in Indonesien, wo reaktionäre islamische Kräfte Pogrome gegen Chinesen geschürt haben, deren Opfer typischerweise kleine Händler sind. Und auf

SWP/Linksruck...

Fortsetzung von Seite 7

Imperialismus! Im Gegensatz zu diesem Gekrieche vor Labour läßt sich die Spartacist League von Lenins Herangehensweise leiten: Wir wollen die Basis von der Spitze dieser bürgerlichen Arbeiterpartei abspalten und eine authentische bolschewistische Partei aufbauen. In Britannien bedeutet das eine unversöhnliche Opposition gegen alle Spielarten der Labour-Politik.

Heute zeichnet sich drohend die kapitalistische Konterrevolution gegen den chinesischen deformierten Arbeiterstaat ab. Jahrzehnte stalinistischer bürokratischer Herrschaft haben die Überreste der geplanten, vergesellschafteten Wirtschaft ernstlich unterminiert und China an den Rand der Konterrevolution gebracht, die blutiges Chaos und Verelendung für ein Viertel der Weltbevölkerung bedeuten würde. Eine kapitalistische Konterrevolution in China würde die Jagd der Imperialisten nach der Beute und um die Neuverteilung der riesigen Märkte und der Rohstoffe, die jetzt schon vom Imperialismus ausgeplündert werden, weiter verschärfen. Es besteht die sehr reale Möglichkeit, daß diese inter-imperialistischen Rivalitäten zu heißen Kriegen führen, und das in der Epoche der Atomwaffen. „Wohin geht China?“ ist buchstäblich eine Frage, bei der das Schicksal der Menschheit auf dem Spiel steht.

Gegen die Verarmung und Verelendung durch die „Marktformen“ hat es gewaltige Streiks gegeben, aber die Zeit wird knapp für das chinesische Proletariat. Die Katastrophe der kapitalistischen Restauration kann nur abgewendet werden durch die Aneignung von *revolutionärem politischem Bewußtsein* und durch die Mobilisierung der chinesischen Arbeiter hinter dem trotzkistischen Programm der *proletarischen politischen Revolution*, um die proimperialistische stalinistische Bürokratie zu stürzen und für sozialistische Revolutionen in ganz Asien und auf der ganzen Welt zu kämpfen.

Aber für die SWP ist China nur eine weitere „staatskapitalistische“ Gesellschaft, und wieder begehen sie Streikbruch an dem Kampf, die Errungenschaften der Arbeiter gegen den raubgierigen Imperialismus zu verteidigen. Denn wenn man Cliffs Schwindel glaubt, daß die Kapitalisten schon an der Macht seien, dann gibt es für die Arbeiterklasse praktisch nichts zu verteidigen. Skandalöserweise stellte sich die SWP letztes Jahr auf die Seite der politischen Erben Chiang Kai-sheks, die heute das brutale kapitalistische Regime in Taiwan führen. Als US-Kriegsschiffe eine Provokation gegen Beijing starteten und die Meerenge von Taiwan durchfahren, behaupteten die Cliff-Anhänger: „Chinas Anspruch auf Taiwan ist kolonialistisch. Wir würden jede

den katholisch dominierten Philippinen sind sowohl Chinesen als auch Muslime Verfolgungen ausgesetzt.

Die multiethnische Zusammensetzung der Arbeiterklasse in diesen Ländern unterstreicht, wie sehr eine proletarische Achse erforderlich ist, um die zahlreichen ethnischen, kommunalen und nationalen Teilungen der Region zu überwinden. Beispielsweise pendeln Arbeiter ständig zwischen Malaysia und Indonesien; in Thailand wiederum sind bis zum Ausbruch der jetzigen Krise eine Million Immigranten in die Arbeiterschaft integriert worden.

Eng verbunden mit dem Kampf für die Verteidigung der Immigranten gegen chauvinistische Reaktion ist die notwendige Mobilisierung der Arbeiterklasse für die Rechte der Frauen, insbesondere gegen fundamentalistische religiöse Kräfte. In ganz Südostasien machen Arbeiterinnen die Hälfte des Proletariats aus, und in vielen Bereichen der Leichtindustrie überwiegen sie, wie z.B. in den Sklaven-

chinesische Invasion in Taiwan als Akt imperialistischer Aggression betrachten und uns dagegen stellen“ (*Socialist Review*, April 1996). Die Unterstützung der SWP für die blutigen Truppen ihrer eigenen Bourgeoisie in Irland und ihre lauthalse Opposition gegen Chinas Selbstverteidigung angesichts imperialistischer Aggression entlarvt ihre Heuchelei und ihre pseudosozialistischen Ansprüche!

Heute wird die SWP wieder von den Ursprüngen der Cliff-Tendenz heimgesucht, als sie sich vom Trotzkismus verabschiedete: angesichts des Kampfes gegen die südkoreanische Diktatur und der tödlichen Krise der stalinistischen Herrschaft in Nordkorea. Im Gegensatz zur SWP, die einen „demokratischen Imperialismus“ unterstützt, kämpfen wir Spartakisten für die revolutionäre Wiedervereinigung Koreas durch eine proletarische politische Revolution im Norden gegen das grotesk deformierte stalinistische Regime, und eine soziale Revolution des machtvollen Proletariats im Süden, die den südkoreanischen Kapitalisten den Reichtum entreißt und deren Diktatur stürzt durch die Herrschaft demokratisch gewählter Arbeitersowjets. Wir kämpfen für den Abzug der 35 000 US-Soldaten aus Südkorea, deren Militärmacht das blutige Regime in Seoul stützt und eine tödliche Bedrohung für den deformierten Arbeiterstaat in Nordkorea und für die Werktätigen in ganz Ostasien darstellt.

Um zu verstehen, was für eine Partei die SWP ist, ist es notwendig zu erkennen, daß ein gähnender Abgrund existiert zwischen der Behauptung der SWP, das Erbe des Bolschewismus zu vertreten, und ihrem tatsächlichen Programm und ihrer Praxis, die sozialdemokratisch bis auf die Knochen sind. Das ist der Grund dafür, daß sie Kritik aus ihren eigenen Reihen fürchten, und daß sie mit Lügen, bürokratischen Ausschlußmethoden und Gewalt gegen die Spartacist League vorgehen, um damit zu versuchen, die authentische Politik des Trotzkismus zum Schweigen zu bringen. Ironischerweise öffnet die stalinophobe SWP mit dieser politischen Feigheit und der Zuflucht zur Gewalt Stalins Unterdrückung der Linken Opposition nach. Wir sind dafür, die unterschiedlichen Meinungen in offener politischer Debatte einander gegenüberzustellen. Wer der SWP beigetreten ist, weil er eine revolutionäre Partei sucht, wer nicht den Rest seiner Tage damit verbringen will, Labour zu wählen, Labour unter Druck zu setzen oder Bittsteller bei Labour zu sein, sollte das Programm und die Aktionen des Trotzkismus untersuchen, wie sie heute die Internationale Kommunistische Liga verkörpert.

Mit James P. Cannon, dem Begründer des amerikanischen Trotzkismus, sagen wir: „Wir sind die Partei der Russischen Revolution“, und wir kämpfen dafür, Trotzkis Vierte Internationale wiederzuschmieden als notwendige Voraussetzung, um für neue Oktoberrevolutionen zu kämpfen. ■

arbeitslagern der Firma Nike. Junge Arbeiterinnen spielten in den kürzlichen Streiks in Indonesien eine führende und kämpferische Rolle und traten bei den Protesten gegen die Regierung in Bangkok besonders hervor.

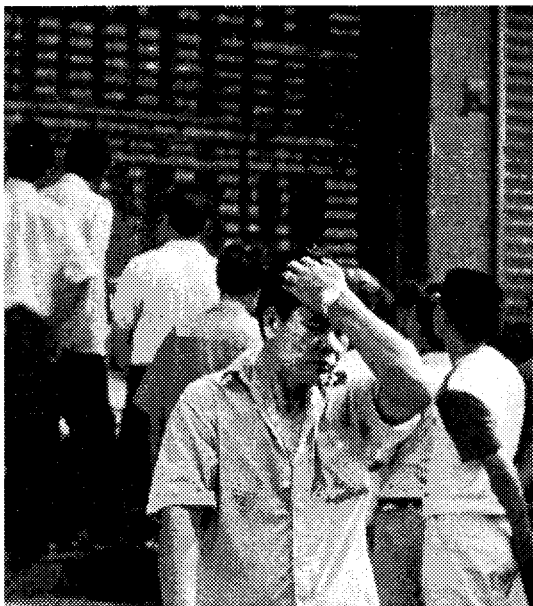
Das kämpferische Proletariat Südostasiens muß die Lehren der bolschewistischen Revolution verinnerlichen, damit es die ungeheure Unterdrückung und Armut abschütteln kann, die ihm von den kapitalistischen Herrschern und deren imperialistischen Bossen aufgezwungen werden. Als erste und vordringliche Aufgabe ist es notwendig, internationalistische Avantgardeparteien aufzubauen, die dem trotzkistischen Programm verpflichtet sind und als Tribün aller Unterdrückten dienen. Die Internationale Kommunistische Liga kämpft für die Wiederschmiedung von Trotzkis Vierter Internationale und für neue Oktoberrevolutionen – von Malaysia und Thailand bis zu Japan und zu den USA.

Nach Workers Vanguard Nr. 678, 14. November 1997

SPARTAKIST

Profitgier löst Arbeiterunruhen aus

Krise erschüttert Südostasien



Jones/Sinopix



Reuters

Börsenkrach und Finanzkrisen in Südostasien entzünden Streiks, Proteste. Rechts: Arbeiterinnen fordern am 14. September in Bangkok Rücktritt des Ministerpräsidenten

Die eskalierende Finanzkrise, die letzten Sommer in Thailand begann, hat sehr schnell die kapitalistischen Regime Südostasiens erfaßt und droht jetzt, sich auf den ganzen westpazifischen Raum auszuweiten. Zuletzt haben der Bankrott des ältesten und viertgrößten japanischen Brokerhauses Yamaichi und die Insolvenz der Regierung von Südkorea gezeigt, wie weit diese Krise geht. Nach monatelangem Wirtschaftschao und zunehmenden Straßendemonstrationen trat die Regierung von Thailand zurück. Im Oktober gab es bedeutende Streiks von Arbeitern auf den Philippinen gegen die verheerenden Folgen der Abwertung der Währung, die die politische Instabilität im Vorfeld der im Frühjahr stattfindenden Präsidentschaftswahlen verschärfen. Genauso in Indonesien, wo die Suharto-Diktatur seit letztem Jahr mit wachsenden Unruhen der Bevölkerung konfrontiert ist. Inzwischen berichtet die *International Herald Tribune* (6. November 1997): „Südkorea stürzt immer tiefer in eine Finanz-

krise, die schon bald die Krisen in Thailand und anderen Teilen Südostasiens in den Schatten stellen wird.“ Die zunehmenden Turbulenzen haben die kapitalistischen Herrscher Japans – der industriellen und finanziellen Hauptmacht in der Region – in große Angst versetzt, da deren Wirtschaft seit Anfang des Jahrzehnts ernsthaft stagniert.

Der drastische Fall des Baht, Thailands Währung, begann im Juli und löste eine Kettenreaktion von Abwertungen und Börsenkrächen aus – was sich bis auf Hongkong, Tokio und Wall Street ausweitete. Damit zerplatzte auch der Mythos vom

„Wirtschaftswunder“ Südostasiens. In den letzten zwei Jahrzehnten gab es massive imperialistische Investitionen, hauptsächlich durch das japanische Kapital, in den „Tigerstaaten“ Asiens, wobei die industrielle Entwicklung Südkoreas schon vorher eingesetzt hatte. Aber wie wir in *Workers Vanguard* (31. Oktober 1997) im Artikel „Black Monday II on Wall Street – ‚Death of Communism‘ Myth Goes Splat“ [Schwarzer Montag Nr. 2 in Wall Street – Mythos vom ‚Tod des Kommunismus‘ geplatzt] feststellten: „Der gegenwärtige Wirtschaftsboom in Ostasien erzeugte, so wie jeder derartige kapitalistische Boom, eine Jagd nach immer größeren Profiten und eine entsprechende Finanzspekulation, aber das konnte nicht durchgehalten werden. Es mußte krachen, und es kam zum Crash.“

Die unmittelbare Ursache für diese Reihe von Crashes hat eine Menge mit China zu tun, das inzwischen zum

Fortgesetzt auf Seite 20

Für eine Sozialistische Föderation von Südostasien!